

AL
EXPLORATE
FOR LIBRARY

LIBRARY
JAN 11 1956
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

HOOVER
LIBRARY

Die Kommunistische Internationale

927 / HEFT 48

BERLIN, DEN 30. NOVEMBER

30 PFENNIG

WOCHENSCHRIFT

DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

AUS DEM INHALT

Die historische Überprüfung des Leninschen Planes / Willi S. Schlamm
Der Bankrott des Austromarxismus / A. Sultansade: Wege der Entwicklung
im modernen Persien / Die Kommunistische Partei der Tschechoslowake
und die Gemeindewahlen / Bücher- und Zeitschriftenschau

In die Postzeitungsliste eingetragen

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Wochenschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe verantwortlich PAUL DIETRICH, BERLIN. Zuschriften an die Redaktion sind an die Adresse des Verlages zu richten.

VIII. Jahrgang 1927

HEFT 48

30. NOVEMBER

I N H A L T

	Seite
Die historische Ueberprüfung des Leninschen Planes	2335
Schlamm: Der Bankrott des Austromarxismus	2349
Sultansade: Wege der Entwicklung im modernen Persien	2359
Bosse: Der Kongreß der American Federation of Labour	2370
Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei und die Gemeindevahlen	2378
Die norwegischen Gewerkschaften gehen nicht nach Amsterdam	2382
Spektator: Der englische Imperialismus in China — Der englische Imperialismus in Ostafrika — Der englische Imperialismus auf der malaiischen Halbinsel	2384

P R E I S

Einzelheft	Reichsmark 0,30
Per Kreuzband	0,40
Postabonnement monatlich	1,—
Per Kreuzband monatlich	1,25
Postabonnement Quartal	3,—
Ausland: Sowjet-Union	3 Rubel Quartal
Vereinigte Staaten	2 Dollar

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36 oder an unsere Berliner Zweigstelle, Berlin NW6, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und von den Parteikolporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheck-Konto Berlin 55547.

VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY
HAMBURG BERLIN

DIE HISTORISCHE ÜBERPRÜFUNG DES LENINSCHEN PLANES

(Die Vorparteitags-Diskussion in der KPSU)

1. Leninismus oder Reformismus

In der verflochtenen Diskussion in der KPSU, in der Periode zwischen der 14. und 15. Parteikonferenz, war der Streit zwischen der Partei und der „neuen Opposition“ ein vorwiegend theoretischer und ging um die Auslegung des strategischen Plan's Lenins. Die „neue Opposition“ legte Lenin in dem Sinne aus, daß wir in der Sowjetrepublik wohl den Sozialismus bauen, aber infolge deren technischen Rückständigkeit den Aufbau nicht vollenden können, wenn uns nicht die siegreiche Weltrevolution zu Hilfe eilt. Die Mehrheit der Partei legte Lenin in prinzipiell anderem Sinne aus: die Sowjetrepublik besitzt alle notwendigen inneren Mittel für die Vollendung des Sozialismus, sie hat die volle Möglichkeit, ihn aufzubauen, wenn der Aufbauprozeß nicht durch eine Intervention gestört wird, und die bloße Tatsache des erfolgreichen Aufbaues des Sozialismus in der USSR gibt der Weltrevolution einen mächtigen Anstoß.

Im Streit um die Auslegung Lenins stellte sich die Partei gänzlich auf die Seite des ZK der KPSU und wies den Standpunkt der Opposition entschieden von sich. In der gegenwärtigen Diskussion ist schon nicht mehr von dieser oder jener Auslegung Lenins die Rede, sondern von der praktischen Prüfung des strategischen Planes Lenins. Nach zehnjährigem Bestehen der Sowjetmacht und nach fünf Jahren sozialistischen Aufbaues hat die KPSU die Möglichkeit, auf Grund der Erfahrungen zu prüfen, ob die USSR sicheren Schrittes zum Sozialismus vorwärtsschreitet oder ob sie zum Kapitalismus zurückgleitet.

Gerade um diese Frage geht jetzt der Streit zwischen der Partei und der trotzkistischen Opposition. Und dieser Streit besitzt eine ungeheure prinzipielle Bedeutung nicht bloß für das Proletariat der USSR, sondern in der gegebenen historischen Epoche auch für das gesamte internationale Proletariat, denn die eine oder andere Entscheidung der Frage bestimmt zugleich für das Proletariat aller kapitalistischen Länder den Weg zum Sozialismus. Es ist unschwer einzusehen, daß hinter diesem Streite **l e t z t e n E n d e s** sich der Streit zwischen dem Marxismus-Leninismus auf der einen Seite und dem Reformismus auf der andern Seite birgt.

Als zu Beginn des 20. Jahrhunderts innerhalb der II. Internationale zum erstenmal der Streit zwischen Marxisten und Revisionisten entbrannte, hatten die Marxisten, die den Weg der sozialen Revolution gegen jenen der sozialen Reform verteidigten, eine außerordentlich nebelhafte Vorstellung vom Charakter der nahenden sozialen Revolution, denn dieselbe war ihnen „Zukunftsmusik“. Deshalb umgingen sie vollkommen das Problem der „Kosten“ der sozialen Revolution.

Als zu Beginn des Weltkrieges die Frage der Eroberung der Macht für das Proletariat zur aktuellen Frage wurde, als wir in die „Epoche der Kriege und Revolutionen“ eintraten, als Lenin konkret den Weg zum Sozialismus vorzeichnete: über die militärische Niederlage der eigenen Regierungen, über die Sprengung der alten Nationalitätenstaaten, deren Gefüge durch die Ketten nationaler Unterdrückung aufrechterhalten wurde, über die Zerstörung des ganzen alten Staatsapparates der Nation hinweg, durch die Errichtung der Diktatur des Proletariats, mit einem Worte, durch die größten ökonomischen und sozialen Erschütterungen — da schreckten neun Zehntel der früheren Marxisten vor dieser drohenden Perspektive zurück und gingen nach Canossa und bekannten so, daß in ihrem alten Streite mit den Revisionisten diese recht behalten hätten. Kautsky zum Beispiel verleugnete seine Vergangenheit und begann nachzuweisen, daß wir zum Sozialismus ohne Bürgerkrieg gelangen, daß „an Stelle der Kämpfe von Aufständischen mit Regierungstruppen die Kämpfe der Parteien um die Gewinnung von Anhängern durch die Presse und Versammlungen treten; die Kämpfe der Parteien um die Mehrheit bei den Wahlen zu den Volksvertretungen und bei den Abstimmungen in den Volksvertretungen.“ Er behauptete nunmehr: „Was uns nottut — ist der ruhige, ungestörte Produktionsprozeß, ohne den die Arbeiter nicht weiter leben können.“ Er verherrlichte nunmehr die „Arbeiteraristokratie“, welche „den aufsteigenden Teil des Proletariats bildet“. Er setzte auseinander, daß, trotz Marx, die Uebergangsperiode zwischen der kapitalistischen und kommunistischen Gesellschaft nicht die revolutionäre Diktatur des Proletariats sein wird, sondern ein System, in welchem „die Sozialisten mit einer oder mehreren der bürgerlichen Parteien zusammen eine Koalitionsregierung bilden“. Wenn er vorher in seinem Buche: „Der Kampf um die Macht“ annahm, daß die soziale Revolution zuerst in Deutschland ausbrechen müsse, so entschied er jetzt, daß Deutschland diese Ehre anderen abtreten müsse, denn „der Krieg und dessen Folgen haben Deutschland ruiniert und schon dadurch das Tempo des möglichen sozialen Fortschrittes verzögert. In verstärktem Maße wirkt in dieser Richtung der moralische und intellektuelle Verfall der Bevölkerung.“ Mit den gleichen Argumenten — von der Notwendigkeit, den ökonomischen Katastrophen und dem Verfall der Produktivkräfte auszuweichen — begründeten auch die übrigen früheren Marxisten ihren Verzicht auf die soziale Revolution.

Zum Unterschied vom Beginn des 20. Jahrhunderts verläuft jetzt die Wasserscheide zwischen Marxismus und Reformismus auf einer anderen Linie. Jetzt bleiben Marxisten nur die konsequenten Leninisten, die vor dem Wege zum Sozialismus hinweg über ökonomische Katastrophen und Erschütterungen nicht zurückschrecken, und alle früheren Marxisten, welche diese ökonomischen Katastrophen fürchten, haben den Marxismus im Stich gelassen, sind Renegaten des Marxismus geworden und scharen sich offen um das Banner des Reformismus.

Es ist vollkommen offensichtlich, daß der jetzige Streit zwischen Leninismus und Reformismus im internationalen Maßstabe auf das engste mit dem Streit zwischen der Parteimehrheit und der trotzkistischen Oppo-

sition innerhalb der KPSU verbunden ist und sich um die Frage dreht, ob wir in der ökonomisch rückständigen Sowjetrepublik, die als Folge des Welt- und Bürgerkrieges den schwersten ökonomischen Verfall durchlebte, zum Sozialismus vorwärtsschreiten, oder ob wir gerade infolge der Rückständigkeit und Zerstörung des Landes unausweichlich zum Kapitalismus zurückgleiten. Jeder Führer der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern, der anerkennt, daß die USSR jetzt unaufhaltsam zum Sozialismus vorwärtsschreitet, gibt damit zu, daß auch das Proletariat seines Landes keinen Grund hat, die ökonomische Zerstörung, die mit dem Bürgerkrieg verbunden ist, zu fürchten, keinen Grund hat, die zeitweilige Unterbrechung des „ruhigen ungestörten Produktionsprozesses“ zu fürchten; die Anerkennung der Tatsache des erfolgreichen Vorwärtsschreitens zum Sozialismus in der verarmten USSR ist das überzeugendste Beweismittel gegen die Sozialdemokratie, die, aus Angst vor dem für den Sozialismus angeblich verderblichen bolschewistischen Wege, es vorzog, mit ihrer heimatlichen Bourgeoisie den Burgfrieden abzuschließen, der bisher dem westeuropäischen Proletariat nichts anderes als neue Ketten gebracht hat.

Es ist infolgedessen nicht verwunderlich, daß die gesamte internationale Sozialdemokratie mit Freuden nach den Behauptungen der trotzkistischen Opposition vom „Thermidor“ in der Sowjetrepublik greift. Es ist nicht verwunderlich, daß selbst der menschewistische „Sozialistische Bote“ jetzt die trotzkistische Opposition willkommen heißt und über sie im Leitartikel schreibt:

„Irgend etwas von den oppositionellen Theorien muß allgemeinen Widerhall finden. Ihre Kennzeichnung der entartenden Diktatur ist in vielem richtig und entspricht der Wirklichkeit. Mögen sie in irgend etwas nicht neu sein, mögen sie bei den politischen Gegnern (d. h. bei den Sozialdemokraten. D. Red.) Anleihen gemacht haben, geht es etwa darum? Wichtig ist, daß sie richtig sind, daß sie öffentlich feststellen, worüber man bis jetzt nur in der illegalen sozialistischen Presse sprechen konnte. . . Trotzki hat recht, so ist das tatsächliche Bild, wohin aber diese Entwicklung führen wird, haben wir bereits mehr als einmal schreiben müssen.“

2. Das Proletariat der USSR hat seine Stimme für den Leninismus abgegeben

Die internationale Sozialdemokratie, die aufmerksam der Diskussion in der KPSU lauscht, hat ihre Stimme für die trotzkistische Opposition abgegeben. Das revolutionäre Proletariat der USSR hingegen hat in seiner ungeheuren Mehrheit gegen die trotzkistische Opposition und für die leninistische KPSU gestimmt.

Die trotzkistische Opposition scheut vor keinerlei Mittel zurück, um die Arbeiter durch demagogische Versprechungen und demagogische Beschuldigungen zu gewinnen. In ihren Gegenthesen, die in der Diskussionsbeilage der „Prawda“ veröffentlicht wurden, hat die trotzkistische Opposition ihre außerordentliche „Beunruhigung“ über das Schicksal der Proletarier in der USSR kundgegeben. In diesen Thesen lasen wir:

„Alle Kommunisten stellen sich mit Beunruhigung die Frage: was wird nun weiter mit der Arbeitslosigkeit, gibt es denn keinerlei Lichtblick? . . . Jeder Kommunist stellt sich eine zweite, nicht weniger wichtige Frage, die alle bewegt: was wird in den nächsten Jahren mit dem Warenhunger sein? . . . Wird der Warenhunger bloß in den Referaten der Genossen Mikojan und Bucharin 'überwunden' werden, oder beginnt das Warenangebot wirklich die Nachfrage zu decken?“

Weiter fragen die Thesen: Wann wird endlich die Wohnungsnot der Arbeiter beseitigt werden? Und was wird mit dem Arbeitslohn sein?

„Der reale Arbeitslohn im jetzigen Jahre steht nur um ein geringfügiges über dem Niveau des Jahres 1925.“ „Die Vorschläge über die Erhöhung des Realarbeitslohnes sind nicht real.“ „Das Wachstum des Arbeitslohnes bleibt hinter der Produktivität der Arbeit zurück.“ „Die Anspannung der Arbeit wächst, die Muskelbelastung der Arbeit steigt.“ „Das ZK der KPSU hat ja den Arbeitern ein Jubiläumsgeschenk — den Siebenstundenarbeitstag gemacht, aber irgend etwas Genaueres, Klares und Kategorisches darüber, wann er durchgeführt wird, ist nirgends gesagt.“

Und weiter, wenn die Sowjetmacht die Mittel besitzt, um den Siebenstundenarbeitstag durchzuführen, „dann muß man die Arbeiter selbst fragen: wozu sollen diese Mittel vor allem verwendet werden: zur Erhöhung des Arbeitslohnes, für den Wohnungsbau oder für den Siebenstundenarbeitstag? Warum hat das ZK denn die Arbeiter danach nicht gefragt?“ Die Opposition lügt und heuchelt bewußt. Die Opposition weiß gut, daß die Arbeitslosigkeit in der USSR andere Wurzeln hat als jene in den kapitalistischen Ländern. Dort ist sie das Produkt der kapitalistischen Entwicklung selbst — das Resultat des Ruins der Bauern durch das Handelskapital und der Verdrängung der kleinen Produzenten durch die großen im Konkurrenzkampf. Hier, in der USSR, zielt die ökonomische Politik umgekehrt auf die Hebung der Kleinwirtschaft, auf deren Kooperation und Einbeziehung in den sozialistischen Aufbau. Hier ist die Arbeitslosigkeit nicht das Produkt der Sowjetökonomie, sondern eine Erbschaft der Vergangenheit, das Resultat der ökonomischen Rückständigkeit des Landes, der Uebervölkerung des Dorfes und seines Ruins als Folge des Welt- und Bürgerkrieges, die Opposition weiß, daß diese Arbeitslosigkeit nur durch allmähliche Intensivierung der Landwirtschaft und Industrialisierung des Landes im Verlauf einer Reihe von Jahren endgültig überwunden werden kann und daß alle Anstrengungen der Partei schon auf dieses Ziel konzentriert sind. Die Opposition weiß, daß die Sowjetmacht schon jetzt 120 Millionen Rubel für die Arbeitslosen verausgabt, daß die Arbeitslosenunterstützung innerhalb zwei Jahren um 90 Prozent erhöht wurde, sie weiß oder sie könnte sich wenigstens davon überzeugen, daß schon durch die bloße Einführung des Siebenstundenarbeitstages eine Verringerung der Arbeitslosigkeit innerhalb fünf Jahren um 500 000 Arbeiter erzielt wird, daß die Arbeitslosigkeit in der USSR nach Ablauf von fünf Jahren sich infolgedessen um 20 bis 34 Prozent verringert, und trotz allem spricht sie von einer Sackgasse.

Ebenso heuchlerisch sind die Beschuldigungen gegen die Sowjetmacht, die darin gipfeln, daß ihr Kampf gegen den Warenhunger unzulänglich sei, daß sie infolge ihres allgemeinen politischen Kurses zu diesem Kampf unfähig sei. Die Opposition weiß, daß der Warenhunger gleichfalls das Ergebnis des von der Vergangenheit ererbten Mißverhältnisses zwischen den Ausmaßen der Industrie und denen der Bauernschaft in der rückständigen Sowjetrepublik ist. Sie weiß, daß der Warenhunger endgültig nur nach Maßgabe der Industrialisierung des Landes überwunden werden kann, worauf alle Anstrengungen der Sowjetmacht gerichtet sind. Die Opposition weiß, daß die s c h a r f e F o r m des Warenhungers, welche jüngst in den Schlangen bei den Lebensmittelläden zum Ausdruck kam, durch Saisonercheinungen bedingt war, daß sie schon liquidiert ist, daß im verflossenen

Wirtschaftsjahr 1926/27 bei einer Steigerung der Kaufkraft der Bevölkerung um $7\frac{3}{10}$ Prozent das Angebot an Industrieerzeugnissen rascher, um $11\frac{6}{10}$ Prozent gewachsen ist, daß im laufenden Wirtschaftsjahr 1927/28 die Kontrollziffern des Gosplan eine weitere Vergrößerung der Nachfrage nach Industriewaren um bloß $5\frac{1}{10}$ Prozent vorsehen gegenüber einem Wachstum des Angebots um $7\frac{7}{10}$ Prozent. Die Opposition weiß endlich oder konnte sich davon überzeugen, daß schon als Ergebnis der bloßen Vergrößerung der Zahl der Arbeitsschichten in Verbindung mit der Einführung des Siebenstundenarbeitstages die industrielle Produktion allein im letzten Jahre des kommenden Jahrfünfts, im Wirtschaftsjahre 1931/32 einen Zuwachs um ungefähr $1\frac{3}{10}$ Milliarden Rubel ergibt. (Nach der Erklärung des Genossen Strumilin.)

Ebenso heuchlerisch sind die Beschuldigungen gegen die Partei in der Wohnungsfrage. Die Opposition weiß, daß die Wohnungskrisis eine allgemeine Erscheinung, das Resultat des Welt- und Bürgerkrieges ist, daß die Staatsausgaben auf dem Gebiete des Wohnungsbaues im vergesellschafteten Sektor innerhalb drei Jahren sich mehr als verdreifacht haben, daß infolgedessen bereits jetzt die Aufzehrung des „Wohnungsfonds“ zum Stillstand gebracht ist, daß in der Zukunft im nächsten Jahrfünft eine Vergrößerung des Wohnraumes für Werkwohnungen auf $11\frac{5}{10}$ Quadratarschin statt der jetzigen $10\frac{2}{10}$ Quadratarschin geplant ist, daß gleichzeitig bis zum Jahr 1931/32 ungefähr 300 000 neue Arbeiterwohnungen geschaffen werden sollen. Und nichtsdestoweniger krächzt die Opposition sich heiser, daß die Wohnungsnot der Arbeiter sich immer mehr verschärfen wird.

Besonders verleumderisch ist die Beschuldigung der Opposition, daß das reale Arbeitseinkommen in den letzten zwei Jahren sich angeblich nicht vergrößert hat. Die Opposition weiß, daß das reale Arbeitseinkommen in der USSR von Jahr zu Jahr beständig steigt, daß auch in den zwei letzten Jahren das reale Arbeitseinkommen sich um 18,5 Prozent erhöht hat, daß es jetzt, am Arbeitslohn 1913 gemessen, auf 111,3 Prozent, bei einem um 23 Prozent verkürzten Arbeitstage, steht, daß, wenn noch Umlagen und Abzüge berücksichtigt werden, das Arbeitseinkommen gegenwärtig im Durchschnitt um 34 Prozent höher ist als im Jahre 1913. Und trotz alledem wagt die Opposition von einem Stillstand im Wachstum des Arbeitseinkommens zu sprechen!

Die Opposition weiß endlich, daß die Einführung des Siebenstundenarbeitstages nicht auf unbestimmte Zeit vertagt wird, daß man schon jetzt mit der Durchführung beginnt; sie hätte unschwer im Gosplan sich davon überzeugen können, daß schon für das nächste Jahr geplant ist, für 25 bis 30 Prozent aller industriellen Arbeiter den Siebenstundenarbeitstag einzuführen, daß im Verlaufe von vier Jahren die gesamte, der Planwirtschaft unterliegende Industrie den Siebenstundenarbeitstag einführen soll; und trotz alledem unterstellt die Opposition, daß der Siebenstundenarbeitstag „leere Reklame“ sei.

Die Opposition lügt, doch sie maskiert ihre Lügen mit dem anziehenderen Aufzug der „Arbeiterliebe“, der ausschließlichen Besorgtheit um die Arbeiter; und ungeachtet dessen hat die Arbeiterklasse der USSR den süßen Sirenengesängen der Opposition kein Gehör geschenkt.

Ungeachtet aller demagogischen Beschuldigungen, die die Opposition gegen die Partei vorbringt, und ungeachtet aller unverantwortlichen demagogischen Versprechungen, die sie dem Proletariat macht, bleibt der Oppositionsladen leer und die Parteimitglieder wie die parteilosen Arbeiter haben sich einmütig gegen die trozkistische Opposition und für die leninistische KPSU ausgesprochen.

Vom Beginn der Diskussionskampagne bis zum 19. November haben sich in den Zellenversammlungen für die Linie des ZK 490 021, gegen sie 2993, d. i. 0,6 Prozent der Versammlungsteilnehmer, ausgesprochen, der Stimme enthielten sich 1822 oder 0,4 Prozent. Auf diese Art steht in der ganzen Sowjetrepublik nicht viel mehr als $\frac{1}{2}$ Prozent der Parteimitglieder hinter der Opposition. Wenn wir die Universitätszellen abziehen und nur die rein produktiven Zellen in Rechnung ziehen, so zeigt sich, daß der Prozentsatz der Opposition noch geringer ist. Das ergibt sich daraus, daß zum Beispiel in Leningrad in der Gruppe der Arbeiterkollektive gegen die Thesen des ZK insgesamt nur 0,8 Prozent der Anwesenden, an den Universitäten hingegen 2,2 Prozent stimmten. Das gleiche zeigt sich in Moskau, wo die Opposition stärker ist; hier stimmten in den Universitätszellen 4 Prozent gegen die Linie des ZK, in den Produktions- und Transportzellen nur 1,3 Prozent. Auf diese Art setzt sich jener geringfügige Teil der Parteimitglieder, der für die Opposition stimmt, hauptsächlich aus der kleinbürgerlichen Intelligenz zusammen. Und gerade die Arbeiter, an welche die Opposition sich vor allem heranschmieren möchte, schenken ihr am wenigsten Glauben.

Auch die Masse der parteilosen Arbeiter steht genau so entschlossen gegen die Opposition und für die Partei. Während die trozkistische Opposition die Partei und deren Führung mit allen Mitteln verleumdet, hat die Masse der Parteilosen ihre größte Bereitwilligkeit zum Eintritt in die Partei gezeigt, und ein diesbezüglicher Aufruf des ZK war ausreichend, damit innerhalb 10 Tagen bis zum 18. November 30 000 parteilose Arbeiter um die Aufnahme in die Partei ersuchten, wobei die Mehrzahl dieser Arbeiter, die der Partei beitreten, dem aktiven Teil der Arbeiterschaft, den qualifizierten älteren Arbeitern angehört. Was die politische Stimmung unter diesen parteilosen Arbeitern betrifft, so geben hierüber die dutzendweise in der Redaktion der „Prawda“ einlaufenden Briefe Auskunft:

„Wir sind für das ZK, für die wahrhaften Leninisten, gegen die oppositionellen Verleumder und Verschwörer —, so sagen alle Arbeiter“, schreibt der parteilose Betonarbeiter Urjin: „Die parteilosen Arbeiter werden unter Führung des ZK nicht nur die territorialen Grenzen der USSR beschützen, sondern auch die Grenzen der Leninschen Lehre. Der sozialistische Eisenbahnzug der leninistischen Partei saust mit Vollampf der Station Kommune zu, trotz Blockade, Krieg und aller sozialdemokratischen Plattformen; er wird sein Tempo noch mehr beschleunigen und alle, die es wagen, sich ihm in den Weg zu stellen, erdrücken.“ „Ich bin einer, der lange an der Front war,“ schreibt der parteilose Arbeiter Trussow an Trotzki, „einer, der mit deinen Bildern sein Zimmer schmückte, jetzt aber gefallen mir, einem Arbeiter des ersten Auto-Motor-Bataillons, wie allen Arbeitern, deine ‚Dämmerung‘, deine ‚Typographie‘, deine ‚Plattform‘, die ganzen oppositionellen Verleumdungen gegen die Partei nicht länger. Und so will ich die Stimmen für deinen Ausschluß aus der proletarischen Familie um die meine vermehren.“

Im gleichen Geiste schreibt der parteilose Arsamasker Arbeiter Agafonow, Burlakin aus dem Donbassin, die Saratower Arbeiterin Schapkina, der

Samaraer Arbeiter Konowalow, der Wetluger Arbeiter Maksimow; der Moskauer Metallarbeiter Bekow schreibt:

„Trotzki, Sinowjew und die anderen ihresgleichen sind zum Unkraut auf dem sozialistischen Felde geworden. Dieses Unkraut muß man ausjäten. Den Verrat an der Partei sehen wir, die Arbeiter, als Verrat an der Arbeiterklasse an.“

Im gleichen Sinne schreiben die parteilosen Arbeiter aus Dnjeprpetrowsk und viele andere.

Die Arbeitermasse der USSR läßt sich von der Demagogie der trotzkistischen Opposition nicht täuschen, weil sie sich von deren Unaufrichtigkeit überzeugt hat, weil sie sich überzeugt hat, daß die Opposition entartet ist und ehelos jene Partei unterminiert, die sie einst selbst aufzubauen geholfen hat.

3. Die erfolglose Maskierung der Opposition

Die trotzkistische Opposition tritt mit einer durch und durch verlogenen und rein menschwistischen Analyse der jetzigen ökonomischen Lage der USSR hervor. Diese Analyse entspringt zum Teil böartigen demagogischen Vorstellungen, zum anderen Teil aus dem althergebrachten Pessimismus und Unglauben der Opposition. Nachdem sie sich aber davon überzeugt hat, daß dieser Unglaube im grellsten Gegensatz zur mutigen Gesinnung der breiten Partei- und Arbeitermassen steht, sammelt die Opposition in ihren letzten Gegenthesen nicht mehr die geliebte Theorie daher, daß man in der ökonomisch rückständigen Sowjetrepublik wohl den Sozialismus aufbauen, aber unmöglich vollenden kann. Diesen ihren geheimen Schmerz verbirgt die Opposition jetzt ängstlich. Im Gegenteil, in ihren letzten Gegenthesen behauptet die Opposition, daß die Sache noch ganz in Ordnung gebracht werden kann, daß es nicht an den ungünstigen objektiven Bedingungen, sondern an der opportunistischen Politik des ZK der KPSU liegt. Wenn man diesen Gegenthesen Glauben schenken will, dann gipfeln die Differenzen zwischen der trotzkistischen Opposition und der Parteimehrheit ausschließlich in einem Punkte: die Opposition fordert den energischen Kampf gegen den Kulaken und den Nepmann, die Parteimehrheit aber fürchtet sich angeblich vor diesem Kampf und klammert sich an den wirtschaftlich starken Bauern.

Die Opposition trägt der offenkundigen Stimmung der breiten Massen Rechnung und verwischt sorgsam die Spuren ihres früheren Auftretens. In den neuesten Gegenthesen würden wir vergeblich auch nur einen Hinweis darauf suchen, daß die Opposition die Politik der hohen Preise verteidigt hat, die unausweichlich zur Senkung des Niveaus des Arbeitslohnes führen müßte. Vergeblich würden wir in den Gegenthesen der Opposition nach dem alten Vorschlag suchen, den Genossenschaften Kapital zu entziehen, um dieses der Staatsindustrie zuzuführen, was der bedingungslosen Auslieferung der Genossenschaften an die Kulaken gleichkäme. Ebenso sucht die Opposition ihre frechsten verleumderischen Beschuldigungen gegen das ZK der KPSU zu verwischen, die allgemeine Entrüstung erweckt haben. Vor gar nicht langer Zeit noch schrieb die trotzkistische Opposition in ihrer illegalen „Plattform“:

„In den Kreisen der führenden Mehrheit . . . wird jetzt ungefähr folgender ‚Plan‘ ausgeheckt: 1. Anerkennung der Schulden. 2. Das Außenhandelsmonopol mehr oder weniger zu liquidieren. 3. China aufzugeben, d. i. ‚zeitweilig‘ die Unterstützung der chinesischen Revolution wie der nationalrevolutionären Bewegungen überhaupt aufzugeben. 4. Im Inneren des Landes ein rechtes „Manöver“, das heißt, noch eine gewisse Ausdehnung des Nep.“

Und jetzt, wo die trotzkistische Opposition in dieser Sache den Tatsachen gegenübergestellt wird, schreibt sie in ihren letzten Gegenthesen ohne irgendwelche Hemmungen:

„Die Opposition hat niemals und nirgends gesagt, daß das ZK beschlossen hätte, das Außenhandelsmonopol abzuschaffen, die Schulden anzuerkennen usw.“

Wenn so etwas auch vorgekommen ist, so höchstens „in den Büros verschiedener Ressorts und in den engen Kreisen der Geschäftsleute“. Und so wird das, was gestern noch als „Plan der Kreise der führenden Mehrheit“ dargestellt wurde, heute als Plan „enger Kreise der Geschäftsleute“ und der Ressortbüros, d. h. der „Spezialisten“, die dem bürgerlichen Milieu entstammen, ausgelegt. Das nennt sich Geschichtsschreibung!

Die Hauptsache aber, die die jetzigen Gegenthesen verbergen und verschweigen, das ist der Ursprung der jetzigen Meinungsverschiedenheiten, das ist der alte, prinzipielle Streit zwischen dem Leninismus und dem Trotzkismus, der gleich einem roten Faden sich durch alle vorangehenden Diskussionen der Partei mit Trotzki und seinen neubekehrten Anhängern zog, das ist der alte Kampf der Partei gegen das trotzkistische Gedankensystem, welches die Kongresse und Konferenzen der KPSU, der Komintern und deren Exekutive mehr als einmal als „kleinbürgerliche“ und „sozialdemokratische“ Abweichung verurteilten. Dies verschweigt jetzt die trotzkistische Opposition, indem sie trachtet, den Streit auf ein anderes Gleis zu verschieben, aber die gesamte Partei und ein bedeutender Teil der parteilosen Arbeiter erinnert sich dessen und weiß das noch ganz gut.

Die ganze Partei weiß nur zu gut, daß Trotzki in seinen im Jahre 1905 geschriebenen Artikeln, die mit einem sie verteidigenden Vorwort des Autors im Jahre 1922 neu herausgegeben wurden, nachwies, daß das Proletariat, wenn es in Rußland zur Macht gelangt, unausweichlich mit der ungeheuren Mehrheit der Bauernschaft in Konflikt gerät und daß daher die proletarische Revolution vor dem Untergang nur durch die sofortige Hilfe des siegreichen Proletariats der industriell mehr vorgeschrittenen Länder gerettet werden könne. Die Partei erinnert sich gut daran, daß Trotzki die gleichen antileninistischen Ansichten, die vom Unglauben an die inneren Kräfte der russischen Revolution durchdrungen sind, auch in der Kriegszeit entwickelte, daß er, gegen die defaitistischen Losungen Lenins Stellung nehmend, schrieb:

„Bei einer katastrophalen Niederlage Rußlands würde die russische Revolution, auch wenn sie zeitweilig siegreich bliebe, eine historische Frühgeburt.“

Der Partei ist es schon längst klar geworden, daß, wenn Trotzki in der Periode des Bürgerkrieges im großen und ganzen mit Lenin ging, dies nicht dadurch zu erklären ist, daß Trotzki seine menschwistische Einschätzung der inneren Kräfte der russischen Revolution aufgab, sondern bloß daraus, daß er in dieser Zeit auf die rasche Hilfe seitens der siegreichen proletarischen Revolution im Westen rechnete. Darum brauchte die revolutionäre Welle im Westen nur zurückzugehen, das Tempo der Weltrevolution sich nur zu

verlangsamten, damit Trotzki von neuem in Pessimismus verfiel und alle paar Monate die ökonomische Katastrophe in der Sowjetrepublik zu prophezeien begann.

Die Partei erinnert sich auch sehr gut der sozialdemokratischen Abweichungen Kamenews während des Krieges und dann unmittelbar nach der Februarrevolution und nach Erscheinen der Leninschen Aprilthesen. Die Partei erinnert sich sehr wohl an die sozialdemokratische Position, die Sinowjew zusammen mit Kamenew im Augenblick des Oktoberumsturzes bezog, als sie gegen den Aufstand Stellung nahmen und dies auf rein menschewistische Weise begründeten:

„Wir haben nicht die Mehrheit des Volkes hinter uns und ohne diese Bedingungen ist der Aufstand aussichtslos. . . Wir sind nicht genügend stark, um die Macht zu ergreifen, und die Bourgeoisie ist nicht stark genug, um die Konstituierende Versammlung zu hintertreiben.“

Die Partei erinnert sich gut daran, daß Lenin Sinowjew und Kamenew eines „traurigen Pessimismus“ in bezug auf das Proletariat, des „Optimismus in bezug auf die Bourgeoisie“ beschuldigte. Die Partei weiß noch ganz gut, daß Lenin am Vorabend des Oktoberumsturzes mit Bezug auf Kamenew und Sinowjew schrieb:

„In der wichtigsten Kampffrage gehen zwei ‚prominente Bolschewiki‘ Hand in Hand mit der Bourgeoisie gegen die Arbeiterparteien.“

Die Partei erinnert sich sehr wohl daran, daß das Auftreten der jetzigen Führer der trotzkistischen Opposition gelegentlich der ersten Diskussion mit ihnen vom gleichen „traurigen Pessimismus“ hinsichtlich der Arbeiterklasse bestimmt war. Die Partei erinnert sich gut an Trotzki's geflügeltes Wort vom „weitans nicht proletarischen Charakter unseres Staates“. Die Partei erinnert sich noch gut an die Analogie, die Trotzki zwischen dem jetzigen Zustand der USSR und der Epoche des Thermidor in der Großen Französischen Revolution zog, eine Analogie, die Trotzki selbst vorher, als er in die Enge getrieben wurde, als „oberflächlich“, „liberal“, „menschewistisch“ anerkennen mußte. Die Partei weiß noch sehr gut, daß die Führer der Opposition zwei Jahre nachdem Lenin in seinem Artikel „Ueber die Genossenschaften“ das Sowjetsystem dem Staatskapitalismus entgegengestellt und erklärt hatte, daß die Sowjetrepublik über alles verfügt, was zum Aufbau des Sozialismus notwendig und hinreichend ist, sie dennoch darauf bestanden, daß wir in der USSR in der Epoche des Staatskapitalismus leben. Die Partei erinnert sich wohl, daß diese Oppositionsführer, im Gegensatz zu Lenin, die Charakterisierung der Sowjetindustrie als Industrie „konsequent sozialistischen Typs“ ablehnten. Die Partei erinnert sich gut, daß sie eine Revision des Leninismus vornahmen und entgegen den wiederholten Erklärungen Lenins nachweisen wollten, daß wir den Sozialismus wohl bauen, aber im ökonomisch rückständigen Rußland nicht werden aufbauen können. Die Partei hat nicht vergessen, daß der Oppositionelle Smilga noch vor recht kurzer Zeit, auf dem Plenum des ZK und ZKK, entgegen den kategorischen Erklärungen Lenins das Vorhandensein irgendeines prinzipiellen Unterschiedes zwischen der Oekonomie des Sowjetdorfes und jener des Dorfes in kapitalistischen Ländern bestritt. Die Partei hat gut verstanden, daß gerade deshalb die Opposition kein positives Programm für den Aufbau des Sozia-

lismus im Dorfe besitzt. Sie hat begriffen, daß die Opposition gerade deshalb in ihren Gegenthesen zu der abgeschmackten Behauptung gelangt, daß im heutigen Sowjetdorf die kapitalistischen Elemente die sozialistischen im amerikanischen Tempo verdrängen (Safarow), und daß der relative Anteil der Staatsindustrie an der Volkswirtschaft der USSR als ganzem fällt (Pjatakow).

Alle diese liquidatorischen Ansichten entspringen logisch der trotzkistischen menschewistischen Einschätzung der inneren Kräfte der russischen Revolution. Der Ursprung aller jetzigen Meinungsverschiedenheiten zwischen der Partei und der trotzkistischen Opposition beruht gerade auf dieser menschewistischen, zutiefst pessimistischen Einschätzung der inneren Kräfte der Oktoberrevolution. Dies ist der Angelpunkt des ganzen Streites.

Es ist freilich wahr, daß Kamenew und Sinowjew gleichzeitig mit ihrer Revision des Leninismus in der Grundfrage vom Aufbau des Sozialismus in der USSR auch die Losungen von der „Gleichheit“ und der energischeren Offensive gegen den Kulaken in den Vordergrund stellten. Diese Losungen jedoch entsprangen damals, vor zwei Jahren, nicht einer richtigen Einschätzung der aktuellen Aufgaben, sondern der Panik, der Leute zwangsweise in jeder wirtschaftlichen Verlegenheit unterliegen müssen, die den Sozialismus aufbauen wollen, ohne an die Möglichkeit seiner Vollendung zu glauben. Damals war es nicht möglich, den Kulaken im Frontalangriff zurückzudrängen, sondern nur durch ein Umgehungsmanöver — der Verstärkung der Verbindung mit dem Mittelbauern, der zum Teil dem Einfluß des Kulakentums zu erliegen begann, doch nicht etwa infolge einer angeblichen kapitalistischen Dynamik der Sowjetwirtschaft im Dorfe, sondern deshalb, weil im Dorfe noch viele nicht liquidierte Anhängsel des „Kriegskommunismus“ fortbestanden. Daß dies so und nicht anders war, bestätigen die Erfahrungen der zwei letzten Jahre: das ZK, das nicht von der Panik Kamenews und Sinowjews ergriffen wurde, konzentrierte seine Arbeit auf die Befestigung der Lage der Mittel- und armen Bauern und vermochte in diesen zwei Jahren in solchem Maße die Verbindung zwischen dem Proletariat und der Hauptmasse der Bauernschaft zu festigen, in solchem Maße die Masse der Mittelbauern vom Kulakentum loszulösen, daß es jetzt schon, ohne irgendwelche Erschütterung, möglich scheint, die direkte Offensive gegen den Kulaken bedeutend zu verstärken.

Die Partei hat denn auch beschlossen, dies jetzt zu tun. Die Opposition befand sich in einer dummen und lächerlichen Lage. Sie hatte als ausschlaggebende Kampflosung gegen das ZK den entschlosseneren Angriff auf den Kulaken und den Nepmann gerade in dem Augenblick in den Vordergrund gestellt, in dem das ZK der KPSU dank seiner ganzen vorausgehenden Arbeit den Boden für diesen Angriff bereitet hatte und selbst diese Losung ausgab. Die trotzkistische Opposition befindet sich deshalb in einer so dummen und lächerlichen Lage, weil sie nicht die Mannhaftigkeit besitzt, sich dem ZK in der wirklich wesentlichen Frage, die sie vom ZK trennt, zum Kampfe zu stellen; der Frage, ob die USSR über innere Hilfsquellen für die weitere beharrliche Vorwärtsbewegung zum Sozialismus verfügt, oder ob die USSR durch die objektiven Bedingungen zum allmählichen Hinabgleiten zum

Kapitalismus verurteilt ist, wenn die Weltrevolution sich verzögert, wie dies im Chor mit der trotzkistischen Opposition die Menschewiki der ganzen Welt und in Uebereinstimmung mit ihnen die Weltbourgeoisie beteuern.

4. Der „linke“ Plan auf menschewistischem Fundament

Die trotzkistische Opposition will, wie wir gesehen haben, nicht offen bekennen, daß sie den Glauben verloren hat, daß sie an der Möglichkeit des weiteren Vorwärtsdringens der Sowjetwirtschaft zum Sozialismus verzweifelt, obzwar ihr Unglaube, ihre Verzweiflung aus jeder Zeile ihrer „Plattform“, ihrer „Gegenthesen“ und ihrer übrigen legalen und illegalen Dokumente herausklingt. Die trotzkistische Opposition schreibt in ihren „Gegenthesen“:

„Ungeachtet der gespannten Lage, die durch die groben Irrtümer der jetzigen Führung außerordentlich verschärft wurde, ist die Sache noch gutzumachen. Doch die Linie der Parteiführung muß geändert, vollkommen geändert werden. . .“

Welches Allheilmittel besitzt nun die trotzkistische Opposition? Welche Mittel zur Errettung der Sowjetmacht vom „Untergang“ besitzt sie? Es ist dies ein sehr einfaches Mittel, — statt des Kurses auf die Industrialisierung muß die Partei den Kurs auf die Ueberindustrialisierung nehmen, und um diese „Ueberindustrialisierung“ im raschesten Tempo zu verwirklichen, müssen die Mittel nicht aus der Akkumulation der Arbeiterklasse geschöpft werden (denn dies würde eine „Ausbeutung“ der Arbeiterklasse bedeuten), sondern aus der Akkumulation des Kulaken und Nepmanns.

Auf den ersten Blick hat dieser strategische Plan ein sehr radikales Aussehen. Sieht man aber näher zu, so wird ganz offensichtlich, daß er von ganz menschewistischen Voraussetzungen ausgeht. In der Tat, in Rußland ist, wie nicht ganz unbekannt ist, vor zehn Jahren die Oktoberrevolution vor sich gegangen, die mit der „Expropriation der Expropriateure“ begann, der Nationalisierung der Industrie und der Nationalisierung des Bodens, die von der Agrarrevolution begleitet war. Auf diese Art war das Feld für den sozialistischen Aufbau gesäubert worden. Freilich waren auf diesem gesäuberten Feld noch Elemente des Kapitalismus zurückgeblieben, welche die Möglichkeit hatten, sich zu entwickeln und sich tatsächlich entwickelten, insoweit die Warenwirtschaft der kleinen Produzenten im Dorfe aufrecht erhalten blieb. Darin aber liegt ja auch der Sinn der Nep nach dem Plane Lenins, daß die Sowjetmacht, indem sie sich auf die sozialistischen Kommandohöhenstützt, die erhalten gebliebenen und wieder auflebenden Elemente des Kapitalismus ökonomisch immermehr überwindet. Es ist klar, daß, je mehr Lenins Plan zur Verwirklichung gelangte (und bisher war seine Durchführung eine sehr erfolgreiche), sich das spezifische Gewicht des sozialistischen Sektors der Wirtschaft der Sowjetrepublik um so mehr vergrößern mußte, um so mehr die Entwicklung der sozialistischen Industrie der Stadt sich auf Kosten der inneren Akkumulation dieser Industrie vollziehen mußte, die Industrialisierung des Dorfes um so mehr auf Kosten der inneren Akkumulation der Hauptmasse der Bauernwirtschaft vor sich gehen mußte, die allmählich im Wege der Genossenschaft in den sozialistischen Aufbau einbezogen wurde. Entsprechend dieser Perspektive beträgt im Fünfjahrplan des Gosplan für die Jahre 1927/28—1931/32 der Gesamtanteil an der Akku-

mulation im Staatssektor für die industriellen Unternehmungen 66,8 Prozent, während auf das Staatsbudget nur 24,5 Prozent, auf innere Anleihen nur 5 bis 6 Prozent entfallen.

Die trotzkistische Opposition ist damit unzufrieden. Sie wünscht, daß die Hauptmittel der Industrialisierung jetzt und in Zukunft aus der Akkumulation des Kulaken und Nepmanns geschöpft werden. Wie kommt sie auf diesen frommen Wunsch? Nur aus der Ueberzeugung, daß der sozialistische Sektor der Wirtschaft zu schwach ist, sich selbständig zu entwickeln, daß das Proletariat in Sachen der Organisierung und Entwicklung der sozialistischen Industrie ohnmächtig ist, daß es nicht imstande ist, die Masse der Bauernschaft in den sozialistischen Aufbau einzubeziehen, daß die einzigen ökonomisch lebensfähigen Elemente in der Wirtschaft der Sowjetrepublik der Kulak und der Nepmann sind, daß unser sozialistischer Sektor zum parasitären Dasein auf Kosten der aufblühenden Kulaken- und Nepmannwirtschaft verurteilt ist. Denkt man diese Idee logisch zu Ende, so muß man zu dem Schluß kommen, daß es für uns vorteilhaft sein muß, wenn wir selbst den Kulak und Nepmann in der USSR zur Akkumulation anspornen und sie selbst wie Schafe züchten, um sie von Zeit zu Zeit zu scheren. Wir sehen: die Voraussetzung des „radikalen“ Planes der Opposition ist der völlige Unglaube an die Möglichkeit eines erfolgreichen sozialistischen Aufbaus in der USSR, die Voraussetzung des Planes ist eine rein menschewistische Einschätzung der Natur der Sowjetwirtschaft.

In einer Hinsicht muß man allerdings anerkennen, daß sich die trotzkistische Opposition von den normalen, typischen Menschewiki unterscheidet: sie vereinigt mit dem typischen, menschewistischen Pessimismus in bezug auf den sozialistischen Aufbau in der USSR einen kindischen, utopischen Glauben an die Möglichkeit, durch irgendein Wunder aus dem jetzigen, aus allen Positionen verdrängten Kulak- und Nepmannsektor der Sowjetrepublik Milliarden herauszupumpen und diese phantastischen „Milliarden“ der Industrie zuzuführen.

In Artikeln, die in der Diskussionsbeilage der „Prawda“ veröffentlicht wurden, ist die Albernheit dieses Planes schon aufgezeigt worden. In der Tat, was ist der konkrete Inhalt dieses Planes? Er enthält zwei Vorschläge: Der erste Vorschlag gipfelt darin, daß aus dem Getreidevorrat von angeblich 900 Millionen Pud, die vorwiegend in den Händen der Kulaken konzentriert sein sollen, in Form einer Zwangsanleihe bei 10 Prozent der Bauernwirtschaften nicht weniger als 150 Millionen Pud aufgebracht werden. Was bedeutet dieser phantastische Plan, übersetzt in die Sprache realer Tatsachen und Ziffern? Erstens betragen die Getreidevorräte der Bauern derzeit nicht 900 Millionen, sondern 700 Millionen Pud; zweitens, wie dies die Rayonsverteilung dieser Vorräte beweist, besitzen sie in der ungeheuren Mehrheit der Fälle nur den Charakter eines Versicherungsfonds gegen eine Mißernte; drittens: 80 Prozent dieser Vorräte befinden sich in den Händen der Mittel- und armen Bauern. Die Vorräte der Kulaken und der oberen Schichten der Mittelbauern betragen insgesamt 140 Millionen Pud; viertens: der Prozentsatz der Kulakenwirtschaften in der USSR beträgt nicht 10, sondern 3 bis 4 Prozent. Auf diese Art schlägt die Opposition tatsächlich vor, nicht nur der begüterten Bauernschaft alle Vorräte fortzunehmen, sondern

darüber hinaus noch 10 Millionen Pud bei 6 bis 7 Prozent der Mittelbauern, das heißt, bei anderthalb Millionen Mittelbauern-Wirtschaften, das heißt diese der Sicherung gegen eine Mißernte zu berauben. Ein solcher genialer Plan, wenn er ernst durchdacht wäre, könnte nur dem Hirne von Leuten entspringen, die es sich zur Aufgabe setzen, in der USSR eine Reihe von Aufständen im Augenblicke der heranziehenden Kriegsgefahr hervorzurufen. Nachdem eine solche Absicht bei der trotzkistischen Opposition natürlich nicht besteht, ist der Plan bloß die Frucht verwirrter Vorstellungen von Leuten, die untergehend sich an einen Strohalm klammern.

Der zweite Vorschlag der Opposition gipfelt in der „wirklichen Besteuerung“ aller Arten von Ueberschüssen der Privatunternehmungen im Ausmaße von mindestens 150 bis 200 Millionen. Das Phantastische dieses Planes ist schon daraus ersichtlich, daß selbst Genosse Pjatakow, der Hauptökonomist der trotzkistischen Opposition, der im Jahre 1925 die Lage des Privatkapitals untersuchte, zu dem Schlusse kam, daß das Ausmaß der Besteuerung der Privaten 62 bis 90 Prozent ihres Einkommens erreicht und daß „es eine Grenze gibt, welcher sich die Besteuerung selbst der größten Einkommen nähern kann“. Es muß hinzugefügt werden, daß seither ein Gesetz erlassen wurde, das die Besteuerung der Privaten weiter erhöht.

Selbstverständlich ist die Partei, wie wir schon gesagt haben, auch in Zukunft gesonnen, in noch höherem Maße als bisher ihren Druck auf den Kulaken und Nepmann zu verstärken. Sie aber der Illusion hingeben, daß aus dieser Quelle die Hauptmittel für die Industrialisierung des Landes geschöpft werden können, wenn nach der Orientierungsperspektive des Gosplans 90 Prozent des Handels und 98 Prozent der Industrie sich in Händen der Arbeiterklasse befinden werden, ist lächerlich und dumm.

Auf diese Art erweisen sich die einzigen Rettungsmittel, welche die trotzkistische Opposition ersonnen hat, bei näherer Prüfung als zwei große Seifenblasen. Bei der oberflächlichsten Kritik fallen diese Blasen zusammen. Was bleibt dann übrig? Offensichtlich ist die Katastrophe unvermeidlich. Glücklicherweise existiert diese katastrophale Lage der Sowjetmacht nicht in der realen Welt der Dinge, sondern nur in der wirren Vorstellung der trotzkistischen Opposition, die endgültig den festen Boden unter den Füßen verloren hat.

5. Der Pessimismus der trotzkistischen Opposition und der Enthusiasmus des Proletariats der USSR

Die trotzkistische Opposition, erbost und verblendet bis zum äußersten, hat, infolge ihres organisationszerstörenden Kampfes mit der Partei, nachdem sie beim Unglauben und Pessimismus begonnen, ihre Laufbahn mit rein menschewistischer Verleumdung der Sowjetmacht und der KPSU abgeschlossen. Ihre Gegenthesen sind nach rein menschewistischem Rezept geschrieben. Hier wird ein schwarzes, düsteres Bild ohne Lichtschimmer von der Sowjetwirklichkeit entworfen. In unserer Zeitschrift wurde ihre illegale ökonomische Plattform bereits einer Kritik unterworfen (siehe A. Martynow: „Die ökonomische Plattform der Opposition und die ökonomische Wirklichkeit“, „KI“ Nr. 43). Die in der „Prawda“ veröffentlichten Gegenthesen der Opposition unterscheiden sich im Wesen in nichts von der

ökonomischen Plattform, es sind hier nur die scharfen Ausdrücke in Anpassung an die Sowjetlegalität gemildert und eine Reihe von Zahlen, die schon früher in der Diskussion widerlegt wurden, durch eine neue Reihe von Zahlen ersetzt, die ebensowenig der leisesten Kritik standhalten. Diese Gegenthesen sind schon in der Diskussionsbeilage der „Prawda“ einer genauen Durchsicht unterworfen worden und im Gefüge des gesamten statistischen Aufbaus der Opposition ist nicht ein einziger Stein unversehrt geblieben. Auch die geringfügigste der oppositionellen Feststellungen wurde untersucht und als bewußte Fälschung oder Dummheit enthüllt. Wir werden uns daher hier nicht bei diesen Zahlen und Behauptungen aufhalten, die in der Diskussionsbeilage der „Prawda“ behandelt wurden.

Eines können wir sagen: Das Proletariat der USSR, das durch das Feuer des Bürgerkriegs gegangen ist, durch Hunger und Zerstörung, und dann, die Hemdärmel aufgekrempt, im Verlaufe einer Reihe von Jahren die Sowjetindustrie und die Sowjetwirtschaft wieder aufgerichtet hatte, war auch ohne die detaillierte Widerlegung dieser Zahlen fest überzeugt, daß es sich um eine Verleumdung handelt. Das Proletariat der USSR weiß überaus gut, daß es in der Sowjetwirtschaft und im Sowjetleben noch eine große Zahl von Mängeln, Unzulänglichkeiten und allen möglichen Uebeln gibt, aber es weiß zugleich aus eigener Erfahrung, daß es von Jahr zu Jahr vorwärts zum Sozialismus schreitet, alle Hindernisse überwindet, daß von Jahr zu Jahr das spezifische Gewicht des sozialistischen Sektors wächst, die Anzahl und das spezifische Gewicht des Proletariats sich erhöht, seine materielle Lage sich verbessert, seine Kultur sich steigert, die Anteilnahme von Millionen Arbeitern und Bauern am staatlichen Aufbau zunimmt. Deshalb steht die defaitistische Stimmung der trotzkistischen Opposition in schreiendem Widerspruch mit dem Enthusiasmus der Millionen Arbeiter und Bauern, was auf den Oktoberfestlichkeiten klar zum Ausdruck kam und ebenso anläßlich der Industrialisierungsanleihe, im Zustrom der parteilosen Arbeiter zur Partei, unzählige Male im Auftreten der Arbeiter innerhalb und außerhalb der Partei während der gegenwärtigen Vorparteitagsdiskussion sowie in den zahlreichen Zuschriften an die Redaktionen der Parteizeitungen.

Gerade deshalb ist die trotzkistische Opposition in der USSR politisch schon tot und bildet keinerlei Gefahr für die KPSU. Doch kann sie noch eine Gefahr für die übrigen Sektionen der Kommunistischen Internationale darstellen. Allerdings werden auch die Arbeiter in den kapitalistischen Ländern durch die kommunistischen Parteien und die Arbeiterdelegationen, die immer häufiger die USSR besuchen, immer besser mit dem vertraut, was in der Sowjetrepublik in Wirklichkeit geschaffen wird. Doch sind die sozialdemokratischen Parteien, diese Agenten der Bourgeoisie inmitten der Arbeiterschaft, in den kapitalistischen Ländern noch stark genug und halten die Mehrheit der Arbeiterschaft dieser Länder vorläufig noch in ihrer Gefolgschaft. Und diese Parteien verfügen über hinreichende Mittel zur Verdunkelung des Bewußtseins der Arbeitermassen, zur Verbreitung von Lügen und Verleumdungen aller Art über die Sowjetmacht unter ihren Anhängern. Und bei dieser dunklen Arbeit können ihnen die Abfälle der kommunistischen Parteien, die sich jetzt um die Opposition der KPSU gruppieren und konsolidieren, sehr wertvolle Dienste leisten. Deshalb können wir nur den

Wunsch ausdrücken, daß die Genossen aus allen Sektionen der Komintern auf das Genaueste das Material über die Diskussion, die jetzt in der KPSU vor sich geht, studieren. Je häufiger sie auf Grund dieses Materials im Auslande Licht darüber verbreiten können, wie das Proletariat in der USSR lebt, wie es das große Werk schafft, das Lenin ihm aufgetragen hat, um so mehr werden die Arbeitermassen der kapitalistischen Länder sich davon überzeugen, daß die Oktoberrevolution sich vollkommen bewährt hat, daß jener strategische Plan, der dem genialen Hirn Lenins entsprang und anfänglich sehr vielen unsinnig erschien, sich jetzt als die größte Weisheit, als der einzige Weg zur Befreiung der unterdrückten Klassen der Menschheit von den Sklavenketten erweist, und daß es einen anderen Weg zum Sozialismus nicht gibt und nicht geben kann.

WILLI S. SCHLAMM:

DER BANKROTT DES AUSTROMARXISMUS

Zum jüngsten Parteitag der SPOe

Auf dem vom 30. Oktober bis 1. November abgehaltenen Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie bestätigte sich der Austromarxismus seinen vollständigen ideologischen Bankrott.

Mit dem 15. Juli, dem so heldenhaft aufgenommenen und so erbärmlich niedergeschlagenen Aufstand des Wiener Proletariats, hat die triumphale Entwicklung des Austromarxismus ihr Ende gefunden. Das, womit diese schillernde Nuance des internationalen Reformismus die Massen der österreichischen Arbeiterklasse binden und Teile des internationalen Proletariats bluffen konnte, die ununterbrochene Serie scheinbarer Erfolge, ist am 15. Juli 1927 abgebrochen worden; die mörderischen Kugeln der demokratischen Polizei zerschossen nicht nur die Leiber Wiener Arbeiter, sondern auch das Linzer Programm und die demokratische Illusion der österreichischen Arbeiterschaft.

Und trotzdem: für jeden marxistischen Betrachter dieser geschichtlichen Entwicklung war es im vorhinein klar, daß die Richtungsänderung im österreichischen Proletariat nach dem 15. Juli eine zwiefache sein muß: daß sich die Arbeitermassen nach links entwickeln werden und die österreichische Sozialdemokratie nach rechts. Der 15. Juli war zugleich ein Ausdruck der bisherigen Zuspitzung der Klassengegensätze und eine Ursache ihrer weiteren Zuspitzung, die notwendig dazu führen wird, daß sich die Arbeitermassen über alle illusionären Traditionen hinweg ihrer geschichtlichen Aufgabe bewußt werden. Die Sozialdemokratische Partei aber, möge sie in Zeiten der Versumpfung des Klassenkampfes noch so radikal geschillert haben, wird sich ohne phraseologischen Vorbehalt und ohne revolutionäre Gesten zu ihrer historischen Rolle, Schützerin und Erhalterin des kapitalistischen Systems zu sein, bekennen müssen.

Gewiß, der Zusammenbruch des Austromarxismus wird sich nicht völlig

geradlinig und vor allem nicht über Nacht im Zusammenbruch der sozialdemokratischen Führung der österreichischen Arbeiterklasse auswirken. Eine Reihe geschichtlicher, politischer und sozialer Bedingungen stehen dem im Wege.

Und dennoch: die jüngste Entwicklung Oesterreichs stellt außer jeden Zweifel, daß für die österreichische Sozialdemokratie die Periode ihres Zusammenbruches begonnen hat. Er wird langsam erfolgen, Schritt für Schritt, aber er wird erfolgen!

Er ist vorläufig nur zu einem verhältnismäßig sehr kleinen Teil organisatorischer Natur, wenn auch die Sozialdemokratische Partei — entgegen allen ihren schwindelhaften Berichten über Mitgliederzunahmen — seit dem 15. Juli tausende Mitglieder verloren, wenn auch die KPOe Hunderte neuer Mitglieder aus den Reihen der Sozialdemokratie gewonnen hat. Der Zusammenbruch des Austromarxismus ist zunächst vor allem ein Zusammenbruch seiner Theorie und seiner spezifischen politischen Praxis.

Am 30. Oktober trat in Wien ein Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie zusammen.

Dieser Parteitag war ein Sieg Karl Renners. Der zynisch offene, alte Opportunist, der Repräsentant der ehemals kaiserlich-königlichen Sozialdemokratie, der Theoretiker der Wiedergeburt der Oesterreichisch-ungarischen Monarchie, dieser scheinbare Fremdkörper innerhalb des Austromarxismus, ist zur zentralen Figur der österreichischen Sozialdemokratie geworden. Das ist kein Anachronismus, sondern der Ausdruck der veränderten Funktion der österreichischen Sozialdemokratie. Renner war niemals ein Fremdkörper im Austromarxismus, er war das unentbehrliche Korrelat gegenüber seinen „linken“ Kollegen; erst das Vorhandensein beider Richtungen in einem Parteikörper machte jene besondere austromarxistische Nuance des internationalen Reformismus aus, deren Prinzip seit jeher die Prinzipienlosigkeit war. Nur in dieser Mischung war es dem Austromarxismus möglich, in den Umsturztagen die proletarische Revolution zu erwürgen, indem er sich scheinbar auf ihren Boden stellte, um dann die so gerettete bürgerliche Gesellschaft mit dem kombinierten System von Koalitionsregierung und Scheinopposition konsolidieren zu helfen.

Der Abbau der pseudorevolutionären Theorie

Im Verlaufe dieser Konsolidierung und parallel mit ihr wurde der SPOe die Möglichkeit gegeben, ihre theoretische Einstellung zu den Problemen der Revolution langsam zu revidieren. Sie konnte es sich allmählich erlauben, an Stelle der „taktischen“ Argumente gegen die proletarische Diktatur „prinzipielle“ zu setzen. Es entwickelte sich die Theorie des „Gleichgewichtes“ der Klassenkräfte. Otto Bauer entwickelte in seiner berüchtigten Broschüre „Bolschewismus oder Sozialdemokratie“ die Theorie der bedingten Entschlossenheit zum demokratischen Weg. In der genannten Broschüre hieß es:

„Ist die Demokratie in der Regel noch eine Form der Herrschaft der Bourgeoisie, so wird sie an einer bestimmten Entwicklungsstufe der soziale Machtfaktor zur Form der Herrschaft des Proletariats.“ (Bolschewismus oder Sozialdemokratie, Seite 110.)

„Demokratie ist diejenige Staatsform, innerhalb deren die Machtverteilung ausschließlich durch die sozialen Machtfaktoren bestimmt, nicht durch die Anwendung materieller Gewaltmittel zugunsten einer Klasse verschoben wird.“ (Seite 109.)

Um die einzigartige Skrupellosigkeit dieses „Theoretikers“ zu beweisen, der mit dem Brustton tiefster Ueberzeugung in verschiedenen Intervallen ewige Wahrheiten ausspricht, die einander auf das furchtbarste widersprechen, sei hier angeführt, was Otto Bauer in einem in der diesjährigen Oktobernummer des „Kampf“ erschienenen Artikel „Kritiker links und rechts“ über die Frage der Machtverschiebung innerhalb der österreichischen Demokratie schrieb:

„Aber einen Apparat, der die großen breiten Arbeitermassen gewaltsam niederzuwerfen, niederzuhalten vermocht hätte, einen solchen Apparat haben sich die Bourgeoiseregierungen erst allmählich in siebenjähriger Arbeit aufzubauen vermocht. . . . So hat der 15. Juli sowohl dem Proletariat, als auch der Bourgeoisie die Verschiebung der Machtverhältnisse erst sichtbar gemacht, die sich im Verlauf der sieben Jahre bürgerlicher Regierungsgewalt als schließliches Ergebnis eines unscheinbaren, beinahe unmerklichen molekulären Prozesses in der staatlichen Verwaltung und vor allem in den bewaffneten Körpern des Staates vollzogen hatte. . . Ein folgenschwerer molekularer Prozeß: Allmähliche Umschichtung in den Kommandostäben; allmähliche Veränderung der Zusammensetzung der Mannschaft, allmähliche Veränderung der geistigen Einstellung der Mannschaft, das Ergebnis dieses unscheinbaren molekulären Prozesses ist — der 15. Juli! . . . Durch die planmäßige Anwendung dieser kleinen Mittel sieben Jahre hindurch haben eben die Regierungen den Gewaltapparat umgestaltet. Wie hätten wir sie daran hindern können? . . .“

Mit einer Unverfrorenheit sondergleichen belegt Otto Bauer, wie „wahr“ es vor sechs Jahren gewesen ist, mit theoretischer Erleuchtung festzulegen, daß Demokratie „diejenige Staatsform ist, innerhalb deren die Machtverteilung ausschließlich durch die sozialen Machtfaktoren bestimmt, nicht durch die Anwendung materieller Gewaltmittel zugunsten einer Klasse verschoben wird!“

Blieben wir noch eine Weile bei dem Otto Bauer von 1920! Es war damals für den Reformismus eine kritische Zeit. Noch war die Arbeiterklasse zu revolutionär, und darum mußte die demokratische Theorie Otto Bauers revolutionär verbrämt werden. Das geschah unter anderem folgendermaßen:

„Allerdings, auch wenn das Proletariat die politische Macht mit den Mitteln der Demokratie erobert, wird sich die Bourgeoisie seiner Herrschaft widersetzen. Sie wird sich gegen den demokratischen Staat auflehnen . . . sobald die Demokratie zur proletarischen Demokratie geworden sein wird. Auch ein demokratisches Parlament wird diktatorische Machtmittel für sich in Anspruch nehmen müssen, es wird . . . den aktiven Widerstand der Bourgeoisie mit diktatorischen, vielleicht auch mit terroristischen Mitteln zu brechen haben. . . Auch das kann man Diktatur des Proletariats nennen, aber . . . es ist nicht eine Diktatur gegen die Demokratie, sondern die Diktatur der Demokratie.“ („Bolschewismus oder Sozialdemokratie“.)

Sogar noch ein anderer Teil „vorübergehender Diktatur“ wurde angekündigt:

„Es kann sehr wohl geschehen, daß die Entwicklung der Klassenkämpfe das Proletariat zu vorübergehender Diktatur schon in einer Phase zwingt, in der es noch nicht mit den Mitteln der Demokratie herrschen kann.“

Diese Spiegelfechterei scheinrevolutionärer Theorie konnte der Austromarxismus noch bis zum vorigen Jahre betreiben. Das Linzer Programm ist in seinen bemerkenswertesten Punkten noch auf sie aufgebaut. Bekanntlich heißt es in diesem Juwel des Austromarxismus:

„Die sozialdemokratische Partei erobert durch die Entscheidung des allgemeinen Wahlrechts die Staatsmacht. . . Wenn es aber trotz allen diesen Anstrengungen der

sozialdemokratischen Partei einer Gegenrevolution der Bourgeoisie gelänge, die Demokratie zu sprengen, dann könnte die Arbeiterklasse die Staatsmacht nur noch im Bürgerkrieg erobern. . . Die sozialdemokratische Arbeiterpartei wird die Staatsmacht in den Formen der Demokratie und unter allen Bürgschaften der Demokratie ausüben. . . Wenn sich aber die Bourgeoisie gegen die gesellschaftliche Umwälzung, die die Aufgabe der Arbeiterklasse sein wird, durch planmäßige Unterbindung des Wirtschaftslebens, durch gewaltsame Auflehnung, durch Verschwörung mit ausländischen gegenrevolutionären Mächten widersetzen sollte, dann wäre die Arbeiterklasse gezwungen, den Widerstand der Bourgeoisie mit den Mitteln der Diktatur zu brechen.“

Das Linzer Programm sah also zwei Fälle vor, in denen die Arbeiterklasse vom demokratischen Wege abweichen mußte. Erstens den Fall, wo die Bourgeoisie gegen eine demokratisch-parlamentarische Arbeitermehrheit zu gewalttätiger Auflehnung greift, und zweitens den Fall, daß die Bourgeoisie knapp vor Erlangung der parlamentarischen Mehrheit durch die Arbeiterklasse die parlamentarische Demokratie gewalttätig sprengen sollte. Was den ersten Fall betrifft, so handelt es sich um eine bewußte, dem revolutionären Empfinden entgegenkommende *V e r t a u s c h u n g*. Selbstverständlich sind beide Fälle theoretisch so konstruiert, daß die Möglichkeit, dieses Programm praktisch in Anwendung zu bringen, ausgeschlossen erscheint. Aber nach dem 15. Juli wurde es dem Austromarxismus unmöglich gemacht, auch nur diese theoretischen Zwitterformulierungen aufrechtzuerhalten. Da die *D e m o k r a t i e* (worunter hier immer die von den Austromarxisten als Demokratie an sich hingestellte *b ü r g e r l i c h e* Demokratie zu verstehen ist) schoß, da die *D e m o k r a t i e* mordete, da die *D e m o k r a t i e* die Arbeiterklasse überfallen hatte, Arbeiter einkerkerte, Streiks abzuwürgen begann, reaktionäre Abenteurerbanden mit Waffen ausrüstete; da der 15. Juli und alles, was ihm folgte, eben ein Werk der *D e m o k r a t i e* war, mußte ihr gegenüber eine endgültig klare Stellung bezogen werden. Entweder *f ü r* die Demokratie oder *g e g e n* die Demokratie. Die Positionen für die Demokratie, mit Linzer Vorbehalten, war nicht mehr haltbar. So war es für den Austromarxismus unvermeidlich, nach dem 15. Juli eine neue theoretische Position zu beziehen. Und so erschien am 7. September 1927 ein Aufruf der Parteivertretung der SPOe, der in der folgenden grundsätzlichen Erklärung gipfelte, die offenkundig eine Revision des Linzer Programms darstellt:

„Wir wissen, daß wir die Befreiung des werktätigen Volkes von dem Druck des kapitalistisch-klerikalen Regimes der Reaktion *n u r* mit den Mitteln der Demokratie, *n u r* durch die Gewinnung der Mehrheit des Volkes erringen können. . . Deshalb gilt es, den Kampf mit geistigen Waffen, den die Bourgeoisie am 15. Juli mit den Schüssen ihrer Polizei unterbrochen hat, wieder aufzunehmen!“

Hier zeigt sich in der Illustration der Theorie der Weg des Austromarxismus, der Weg der austromarxistisch geführten Arbeiterklasse Oesterreichs. Mit einem Raffinement sondergleichen, mit einzigartiger Skrupellosigkeit hat die austromarxistische Führerschaft die Macht des österreichischen Proletariats stückweise an die Bourgeoisie ausgeliefert; nach neun Jahren wird sich die österreichische Arbeiterklasse der niederschmetternden Tatsache bewußt, daß die Macht, die sie einmal hatte, ihr unter der Hand zerronnen ist. Die österreichische Bourgeoisie ist stark geworden und braucht heute nicht mehr jene Politik des historisch erzwungenen Kompromisses, dessen

Ausdruck die linke Phraseologie des Austromarxismus war. Mit jenen nicht durch die revolutionäre Massenaktion erzwungenen, sondern unter Schonung der geschwächten Bourgeoisie restringierten Teilerfolgen ist es zu Ende. In der Zeit, da solche Erfolge aufzuweisen waren, konnte die SPOe sich vor den Massen als radikale Partei ausgeben, die „all das abgetrotzt“ hat. Nunmehr, da es mit den „erfolgreichen Kompromissen“ aus ist, würde die radikale Gebärde die SPOe zu Erfolgen verpflichten, die sie nicht mehr bieten kann, da sie heute natürlich noch weniger kämpfen kann als jemals früher und da die erstarkte Bourgeoisie kampfflos nichts mehr gewährt.

Der Triumph Renners

So mußte der jüngst abgeschlossene Wiener Parteitag der SPOe zu einer bedeutungsvollen Kundgebung des austromarxistischen Bankrotts werden. Die starkgewordene Bourgeoisie aktivierte ihr Korrelat innerhalb des Austromarxismus, die Gruppe um Karl Renner. Diese Gruppe ist nicht nur konsequenter, sondern auch klüger als die bisher herrschende Gruppe der SPOe. Sie bejaht die Entwicklung der SPOe zu einer „Volks-partei“, die neben Arbeitern und Bauern auch Mittelschichten, kleine und mittlere Unternehmer, „werk tätige“ Fabrikanten umfaßt. Also schrieb Renner in einer Wiener bürgerlichen Zeitung am 17. Oktober: „Ich und meine Freunde haben an den Industriellen, den Kaufmann, den kleinen Geschäftsmann in der Stadt, den Bauern auf dem Lande gedacht. Nicht weniger habe ich natürlich den Angestellten und Arbeiter vor Augen gehabt.“ Der brave Mann denkt an den Arbeiter zuletzt!

Die Gruppe um Renner bejaht also die Entwicklung der SPOe zur „Volks-partei“. Sie hält die Spaltung der heutigen SPOe und die Entwicklung einer kommunistischen Massenpartei in Oesterreich für auf die Dauer unvermeidlich. So veröffentlichte ein Dolmetscher Renners — er heißt Dr. Oskar Trebitsch — in einem bürgerlichen Verlag eine Broschüre unter dem interessanten Titel: „Der 15. Juli und seine rechte Lehre“, die mit dem folgenden endet:

„Beginnen wir endlich ruhig damit, die unheilbar Radikalen unter uns endlich nach links abzustoßen, sogar auf die Gefahr hin, die kommunistische Gruppe Oesterreichs zu einer Partei anwachsen zu lassen. Es ist das keineswegs die größte Gefahr, die uns jetzt bedroht. Die Arbeiterbewegung in ganz Europa hat leider diese schwächende Spaltung erlebt, wir waren bisher die einzige Ausnahme. Aus der Allgemeinheit dieser Erscheinung können wir aber wohl schließen, daß sie bis zu einem gewissen Grade geistesgeschichtlich unvermeidbar ist. Unvermeidbar erscheint es mir, daß sich innerhalb der arbeitenden Bevölkerung schließlich die Gruppen von uns scheiden, welche sich der Politik der Demokratie und damit des Fortschreitens in Kompromissen nicht anpassen und einen proletarisch-verkleideten Chiasmus nicht entbehren können. Was sich überall in Europa vollzog, möge sich auch in Oesterreich vollziehen. Die zahlenmäßige Schwächung unserer Bewegung würde dann durch ihre innere Reinheit und Einheit bald mehr als wettgemacht werden. Eine Politik der steten und doch nur halben Rücksichtnahme auf die Illusionen der radikal gestimmten Gruppen würde schließlich in Unklarheit, in Unstetigkeit münden und so von den Ereignissen bestimmt werden, statt sie zu bestimmen.“

Die durch Renner, Leuthner und Trebitsch repräsentierte Gruppe ist klug genug zu verstehen, daß die Entwicklung einer kommunistischen Massenpartei in Oesterreich letzten Endes unvermeidlich ist. Vermeidlich erscheint ihr aber der Verlust kleinbürgerlicher und bürgerlicher Schichten, die sich

in den letzten Jahren immer mehr um die SPOe angesammelt haben, durch eine zwiespältige, mit Revolution kokettierende Politik aber wieder abgestoßen werden könnten. Eine Fortsetzung der lavierenden Zwiespältigkeit könnte zwar die Spaltung nach links noch für ein bis zwei Jahre hinausschieben, aber auf die Dauer eben nicht ausschließen; hingegen müßte sie die bürgerlichen Schichten in der Zwischenzeit abstoßen. Das Endergebnis wäre nach der Ansicht dieser Gruppe ein Verlust sowohl nach links, als auch nach rechts. Und das erscheint ihr höchst überflüssig. Sie verlangt daher eine konsequente, eindeutige Orientierung nach den bürgerlichen Schichten, wobei die Partei die Abstoßung der radikalen Arbeiterelemente zur kommunistischen Partei in Kauf nehmen, ja sogar beschleunigen müsse. Abgesehen von den oben geschilderten Notwendigkeiten der politischen Entwicklung ist das die parteimäßige Motivierung der politischen Plattform Renners und seiner Freunde.

Die Rennergruppe trat — wie erwähnt — schon etliche Zeit vor dem Wiener Parteitag nicht nur in der Parteiöffentlichkeit, sondern vor allem in der bürgerlichen Öffentlichkeit offensiv auf. Zuerst leugnete die offizielle und offiziöse Presse der SPOe, daß diese Gruppe irgendwelche Bedeutung innerhalb der Partei habe. Dann wurde durch die Gewährung eines Korreferates auf dem Parteitag der Versuch unternommen, Renners Opposition geschickt dazu auszunützen, Otto Bauer und die führende Gruppe des Parteivorstandes wieder einmal — nach dem 15. Juli hatten sie es schon sehr nötig — als „linke“ Verteidiger des von rechts angegriffenen Austromarxismus auftreten zu lassen. Schließlich kam aber der Clou: Renner hatte die Mehrheit des Parteitages hinter sich!

Die beiden Plattformen

Bauers Referat über die politische Lage und die Aufgaben der SPOe läßt sich etwa dahin zusammenfassen: Erstens sei gar nichts so Arges geschehen, zweitens müsse man zusehen, daß auch weiterhin nichts Arges geschehe, und drittens könne man ausnahmslos jede Schandtät — die Koalition, die Abrüstung des Schutzbundes und sonst noch alles Mögliche — selbstverständlich versuchen, aber nur unter der einen Bedingung, daß eine Spaltung der SPOe verhindert werde. Der 15. Juli war „eine wilde Explosion des Volkszornes, die Polizei war überrascht, viel zu schwach am Anfang zur Stelle, suchte durch Brutalität zu ersetzen, was ihr an Kraft fehlte, und trieb dadurch die Massen der Demonstration zur Raserei. . . Die politische Lage in Oesterreich ist durch den 15. Juli nicht so umstürzend verändert, daß jetzt auch wir gezwungen wären, unserer Politik einen neuen Kurs zu geben.“ . . . „Wir sind (sagte Otto Bauer in dem bereits erwähnten „Kampf“-Artikel vor dem Parteitag) keine grundsätzlichen Gegner der Koalitionsregierung. Wäre Seipel am 16. Juli zurückgetreten, um einer Regierung aller Parteien, deren Aufgabe eine friedliche Liquidierung der Katastrophe gewesen wäre, Platz zu machen — wir hätten in so tragischer Stunde einen solchen Versuch nicht abgelehnt.“ (An den offenen Gräbern der Julioffer bereit zur Koalition!)

Und jetzt kommt die Entdeckung Amerikas, durch die sich Bauers Stellungnahme zur Koalition von der Renners zu unterscheiden behauptet. „Es

ist keine Koalition möglich, solange der Bürgerblock nicht zerbricht!“ erklärte Bauer wörtlich! Er ist also allen Ernstes auf das Gesetz der Undurchdringlichkeit gestoßen und verkündet triumphierend, daß eine Koalitionsregierung nicht möglich sei, solange sie nicht möglich ist. Als ob Renner anderer Meinung wäre!

Was nun die von der Rennergruppe zentral in den Vordergrund geschobene Frage der „inneren Abrüstung“, d. h. der Auflösung des sozialdemokratischen Schutzbundes respektive seine Koalierung mit den bürgerlich-„republikanischen“ Wehrorganisationen betrifft, so erklärte sich Otto Bauer bereit, der Sache näherzutreten:

„Ich gebe zu, daß es in einer geänderten historischen Situation sehr wohl möglich und zweckmäßig sein kann, die Wehrpolitik, die wir begründet haben, zu revidieren. Ich gebe zu, daß unter Umständen auch eine innere Abrüstung ein Mittel zum Schutze der Republik und der Arbeiterklasse gegen drohende Gefahren sein könnte. Ich lehne also ein Streben nach einem Abrüstungsabkommen durchaus nicht ab. Klar und einleuchtend ist nur: eine Verständigung über die Abrüstung setzt einen verständnisbereiten, verständigungswilligen und verständigungsreifen Gegner voraus. Niemand kann glauben, daß die Regierung Seipel heute ein solcher Gegner wäre.“

Das will besagen, daß die „innere Abrüstung“ erst durch eine Koalitionsregierung, die Seipel abzulösen hatte, durchzuführen wäre, daß aber in diesem Falle Otto Bauer zur „Abrüstung“ bereit ist!

Gegenüber den Vorwürfen der Rennergruppe: „Ja, eure Denkweise, eure Redeweise, eure Ideologie, sie hat diese Menschen verleitet, sich von der Leidenschaft einmal hinreißen zu lassen!“ antwortete Otto Bauer, daß all dies notwendig gewesen wäre, um die nach Brot und nach Revolution hungernden Massen trotz der „nüchternen“ Politik der SPOe bei ihr zu erhalten. Die revolutionäre Phraseologie sei das Bindemittel zwischen den revolutionären Arbeiterschichten und der Sozialdemokratischen Partei. Und mit gesteigertem Pathos ließ Bauer sein Referat in dem haarsträubend unmarxistischen Satz gipfeln: „Hundertmal lieber einen falschen Weg einig gehen — denn Fehler kann man dann wieder korrigieren —, als um des rechten Weges willen uns spalten.“ Mit dankenswerter Vollendung kommt in diesem Satz das den Austromarxismus beherrschende Prinzip der Prinzipienlosigkeit zum Ausdruck, daß nicht die Einigkeit der Arbeiterklasse als Mittel zur Erreichung ihres revolutionären Zieles an sich, sondern die prinzipienlose Einigkeit unter verächtlicher, Mißachtung dieses Zieles zum Selbstzweck proklamiert.

K a r l R e n n e r, der Korreferent, unterstrich zunächst die von Otto Bauer formulierten Losungen gegen die proletarische Initiative: „Keine Demonstrationen ohne ausdrücklichen Beschluß der Gesamtheit! Kein Streik in lebensnotwendigen Betrieben ohne Einverständnis der gewerkschaftlichen Gesamtorganisationen!“ Mit beispielloser Unverfrorenheit dozierte Karl Renner: „Wir haben gesehen, daß die Arbeiterklasse einen Fehler begangen hat, einen Fehler aus Disziplinlosigkeit.“ Ergänzt wurde diese Sittennote für die heldenhaften Kämpfer des 15. Juli durch den Schutzbundführer Julius Deutsch, der dann in der Diskussion erklärte: „Ja, der 15. Juli war ein Heldentag, aber nicht für die, die die Disziplin gebrochen haben, sondern für die, die sie gehalten haben. Er war ein Heldentag für die, die sich den Disziplinbrechern mit Gefahr ihres Lebens entgegengestellt

haben.“ Recht ist den gemordeten Arbeitern geschehen, die für ihren „Disziplinbruch“ gegenüber Julius Deutsch von Schober mit dem Tode durch Erschießen bestraft worden sind! Renner faßte sein Programm bescheiden in den folgenden zwei Forderungen zusammen:

„Erstens eine andere Erziehung der Massen und zweitens eine andere Einstellung unserer Politik. . . Man muß in Oesterreich sagen, daß hier in diesem Lande eine Revolution auf absehbare Zeit eine Unmöglichkeit ist. Es ist eine Gefahr und ein Widerspruch, immer von Revolutionen zu reden und zugleich behaupten zu müssen, daß man sie nicht machen könne, ein Widerspruch, der von uns die höchste Vorsicht in dieser Art Propaganda fordert. Ich behaupte nun von unserer Propagandaweise in den letzten Jahren und Monaten, daß sie in völliger Verkennung der Tatsache, daß der Klassenkampf in der Oekonomie selbst liegt, in der Werkstätte und nicht auf der Straße, ausschließlich auf die äußere Form eingestellt war.“

Renner verlangt also eine Zurückstellung der revolutionären Phrase, weil die Arbeiter am 15. Juli gezeigt haben, daß sie diese Phrase für bare Münze genommen haben, und weil der Bourgeoisie dieses eine Zeitlang für sie n ö t i g e Spiel nunmehr auf die Nerven geht. Ebenso logisch und selbstverständlich und auch ehrlich vom Gesichtspunkte des Reformismus ist die folgende Verabschiedung der marxistischen Staatslehre, die Renner auf dem Parteitage der Austromarxisten gab :

„Jeder von ihnen kennt das alte Wort, daß der Staat der Vollzugsausschuß der besitzenden Klasse ist, ein Spruch, der den Buchstaben nach richtig war bis 1890, vielleicht bei uns noch bis 1918, der aber heute nicht mehr ganz richtig ist. . . Der alte Militär- und Polizeistaat war ausschließlich der Vollzugsausschuß der besitzenden Klasse. Aber das ist heute wesentlich anders geworden. Wir haben umgelernt in bezug auf den Staat. . . Hier kann man also schlechterdings nicht die allgemeinen, irgendwo zusammengelesenen Marx- und Engelszitate anführen, . . . es kommt darauf an, das Neue und Eigenartige zu erfassen, nicht aber das Alte zu wiederholen, das auf die Dinge nicht mehr zutrifft. . . Da nun diese drei Funktionen (Gesetzgebung, Verwaltung, Rechtssprechung) es sind, die miteinander den Staat ausmachen, so ist es einfaches Torengerede, wenn man sagt, der Staat sei etwas Feindliches, das man besser nicht anrühre. Dieses schroffe Dilemma, — die ganze Staatsgewalt oder gar nichts! — das ist nach meiner innersten Ueberzeugung falsch. . . Ich sage, die Anteilnahme der Arbeiterschaft am Staate ist nicht etwas, worum man beteln müßte, das ist unser gutes Recht! Die Anteilnahme an der Staatsgewalt kann unserer Klasse gar nicht versagt werden. Wir haben sie zu verlangen als unser Recht!“

Mühselig hat Otto Bauer Jahre hindurch den Arbeitern begreiflich zu machen versucht, daß die Koalition ein notwendiges Uebel sei, um das man leider in gewissen Situationen nicht herumkommen könne. Diese Auslegung war nötig, um der Arbeiterklasse zu erklären, warum man die Bourgeoisie mitregieren läßt. Aber jetzt, wo es sich darum handelt, von der Bourgeoisie gnädig in die Regierung aufgenommen zu werden, um so aus der unleidlichen und untragbaren Zwitterstellung der SPOe endlich herauszukommen — jetzt wird den Arbeitern verkündet, daß die Koalitionsregierung nicht eine bedauerliche Pflicht, sondern ein verbrieftes Recht der Arbeiterklasse sei! So wird die Kapitulation in einen Sieg umgelogen.

In der Diskussion setzten sich für Renners Auffassungen von 24 Debatte-rednern 13 Delegierte ein, wobei besonders wichtig ist, daß die Anhänger Renners vorwiegend Organisationsvertreter, besonders aus der Provinz, waren, während als Verteidiger Otto Bauers vor allem seine engsten Freunde aus dem Parteivorstand, wie Julius Deutsch, Fritz Adler, Austerlitz und Konsorten auftraten.

Zu einer Kampfabstimmung ist es nicht gekommen, die ausgleichende Regie des Parteiapparates hat bewirkt, daß der Parteitag „einstimmig“ eine Resolution annahm, die in der Sache Renners Auffassung zum Siege verhilft. Bei einer Kampfabstimmung hätte Renner unzweifelhaft die Mehrheit der Delegierten hinter sich gehabt. Es entsteht nun die Frage, ob diese Tatsache ein Beweis gegen die Linksschwenkung der österreichischen Arbeiterklasse ist.

Auf diesem Parteitag gab es mehr als 400 Delegierte. Gegen 90 Prozent dieser Delegierten waren von der Partei besoldete Funktionäre. In der ganzen politischen Debatte sprach ein einziger Arbeiter aus dem Betrieb. Ein Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie ist eine Angelegenheit der höchsten Spitzen des Parteiapparates. Daß dieser Parteiapparat mit solcher Beschleunigung nach rechts marschiert und sich um Renner herum neu gruppiert, ist nicht ein Beweis gegen, sondern für die Linksentwicklung des österreichischen Proletariats. Der sehr feinfühligte Parteiapparat der SPOe bekommt es zu spüren, daß eben infolge der Linksentwicklung der Massen eine weitere Fortsetzung der Einerseits-Andererseits-Politik die Partei, wie der 15. Juli zeigte, vor die Frage des wirklichen revolutionären Kampfes stellen müßte. So ist sie gezwungen, eine eindeutige Politik zu verfolgen, und da es begreiflicherweise keine eindeutig linke Politik sein kann, muß es eine eindeutig rechte Politik sein. Sich der Linksschwenkung der Massen offen entgegenzustellen, wird jetzt für die österreichische Sozialdemokratie zur Notwendigkeit. Der Kurs geht auf Renner-Trebitsch zu. Der Parteitag verstärkte diesen Kurs durch die Annahme des folgenden Antrages der Parteivertretung:

„Der Parteitag erklärt, daß das sogenannte Komitee zur Förderung der österreichischen Gewerkschaftseinheit eine kommunistische Keimzelle ist, die in Wirklichkeit der Zerstörung der Geschlossenheit der Arbeiterbewegung dient. Der Parteitag erklärt daher, daß die Zugehörigkeit zu diesem Komitee und das Zusammenwirken mit ihm sowie die Teilnahme an von diesem Komitee organisierten Rußlandreisen mit der Parteizugehörigkeit unvereinbar ist.“

Dieser von Robert Danneberg und Otto Bauer begründete Antrag wurde nach einer tapferen Rede des sozialdemokratischen Sekretärs des Einheitskomitees, des Genossen Pitzl, vom Parteitag angenommen. Für ehrliche Freunde der internationalen Gewerkschaftseinheit, für ehrliche Freunde der Sowjetunion ist in der Rennerschen SPOe kein Platz mehr. Auch mit dieser von der bürgerlichen Presse vielbemerkten Geste hat der Austromarxismus jenen Trennungsstrich gegen links, gegen die revolutionären Arbeiter zu ziehen versucht, der von Seipel nach dem 15. Juli als Voraussetzung für das Zustandekommen einer „Zusammenarbeit“ verlangt wurde.

Mit großem Pomp und selbstverständlich einstimmig wurde endlich die politische Deklaration zum Beschluß erhoben. Sie entscheidet sich in allen Punkten für Renner. So z. B. in der Frage der „Abrüstung“:

„Die Sozialdemokratie hat schon im Jahre 1923 und seither wiederholt erklärt, daß sie jederzeit zu ernstern Verhandlungen über eine Abrüstung bereit ist, um ein Wett-rüsten, das schließlich mit dem Bürgerkrieg enden könnte, zu verhüten. . . . Die Sozialdemokratie will keinen Bürgerkrieg, sie will ihre Ziele mit demokratischen Mitteln erreichen.“ . . .

In der Frage der Koalition:

„Die Sozialdemokratie hat im Linzer Programm anerkannt, daß unter bestimmten

geschichtlichen Voraussetzungen die Kooperation der Klassen, sei es in der Form einer Koalitionsregierung, sei es in einer anderen Form, vorübergehend notwendig sein kann. Aber solange die bürgerlichen Parteien glauben, die Sozialdemokratie . . . von allem realen, den Interessen und der Würde der Arbeiterklasse entsprechenden Anteil an der Staatsmacht ausschließen zu können, ist keine Koalition möglich. . . . Alle, die den Bürgerkrieg verhüten wollen, . . . fordert der Parteitag auf, gemeinsam mit der Arbeiterklasse das Regierungssystem des Bürgerblocks zu bekämpfen.“

Also das Bauersche Gewand der Rennerschen Koalitionsforderung: eine Koalition ist nicht möglich, solange sie nicht möglich ist, aber die „anständigen“ Teile der Bourgeoisie mögen eben behilflich sein, das System der Koalitionsregierung gegen das System des Bürgerblocks durchzusetzen.

In der Frage der „Disziplinierung“ der Arbeiterklasse:

„Keine Demonstrationen ohne Beschluß der Gesamtheit! Keine Streiks in lebenswichtigen Betrieben ohne Zustimmung der gewerkschaftlichen Gesamtorganisation! Besondere Pflichten obliegen in der gegenwärtigen Zeit dem republikanischen Schutzbund. Er muß alles daransetzen, gewaltsame Zusammenstöße, die der Faschismus als Mittel seiner Propaganda und als Vorwand für sein Rüsten braucht, zu verhüten.“

Dem Schutzbund wird also eindeutig und endgültig die Rolle zugewiesen, eine Kampfformation der sozialdemokratischen Parteiführung gegen die revolutionäre Aktivität der Arbeiterklasse zu sein. Eine Rolle, die er ja am 15. Juli so ausgezeichnet gespielt hat und zu deren vollendeter Beherrschung zwei Wochen vor dem Parteitag eine Reichskonferenz des Schutzbundes genauere Beschlüsse gefaßt hat: Mitgliederaufnahme obliegt nur den von der Zentralleitung ernannten Führern; nur allerverlässlichste Sozialdemokraten dürfen Mitglieder des Schutzbundes, der nach dem 15. Juli wesentlich verengt wurde, sein; Mitgliederversammlungen sind generell aufgehoben; jedes Schutzbundmitglied muß sich schriftlich verpflichten, die Direktiven der Sozialdemokratischen Partei unter allen Umständen zu befolgen; die Schutzbundführer werden von unten nach oben und von oben nach unten grundsätzlich nicht mehr gewählt, sondern ausnahmslos ernannt. Eine richtige Prätorianergarde der Sozialdemokratischen Parteiführung, welcher der Wiener Parteitag ihre gegen die Arbeiterklasse gerichteten Aufgaben klar vorgezeichnet hat!

Das Echo und die Konsequenz des Bankrotts

Nichts kann den Zusammenbruch auch der praktischen Politik des Austromarxismus so sehr dokumentieren wie die Antwort, die er nach dem Parteitag auf sein Koalitionsangebot von der Bourgeoisie erhielt. Wohl rät ein Teil der bürgerlichen Presse zur allmählichen Annahme des Angebotes, aber der heute herrschende Flügel der Bourgeoisie lehnt mit überlegenem Spott die sozialdemokratische Koalitionsbettelei ab, und es ist unzweifelhaft, daß dieser Flügel, der vor Abschluß einer Koalition noch eine gewisse Zeit hindurch die „Politik der starken Hand“ durchhalten und der Sozialdemokratie noch einiges mehr abkaufen will, vorderhand Oberwasser behält.

Dieser theoretische und praktisch-politische Zusammenbruch des Austromarxismus ist seit dem Umsturz des Jahres 1918 das vielleicht wichtigste Ereignis in der Entwicklung Oesterreichs. Er ist die Voraussetzung für die Klärung im Lager des österreichischen Proletariats und damit für den Sieg der Arbeiterklasse Oesterreichs, aber auch ein überaus wichtiges Ereignis

für die gesamte internationale Arbeiterbewegung. In allen Ländern versucht sich die II. Internationale durch die Phraseologie und die Praxis des Austromarxismus zu regenerieren. Der Bankrott ihres Lehrmeisters ist ein sehr wesentlicher Faktor des Zusammenbruches der II. Internationale. Das durchschaut auch fast die gesamte bürgerliche Öffentlichkeit Oesterreichs.

So schrieb z. B. die von der SPOe als sehr seriös betrachtete Wiener Zeitschrift „Der österreichische Volkswirt“ am 5. November in einem Artikel mit der Ueberschrift „Das Ende des Austromarxismus“:

„Dieser Parteitag war erfüllt von der bewußten und gefühlsmäßigen Ablehnung der marxistischen Phraseologie, die noch in Linz unumschränkt geherrscht hat. Renner selbst gab dieser Befreiung von der zu eng gewordenen marxistischen Form die staatspolitische Begründung. . . . Mit diesen Worten Renners hat sich die österreichische Arbeiterbewegung (will sagen: die Oesterreichische Sozialdemokratie. D. V.) vom marxistischen Dogma befreit und zum Staat, zu Lassalle, gefunden. Als letzte der Sozialdemokratien West- und Mitteleuropas hat nun die österreichische diesen Schritt getan, sie, die am längsten an der Illusion festhielt. . . . Der Austromarxismus ist tot. Die blutige Lehre des 15. Juli hat die österreichische Sozialdemokratie zu einem Teil der gesamtdeutschen gemacht.“

Es ist kein Zufall, daß dieser Bankrott des Austromarxismus gerade in jenen Tagen in Erscheinung trat, in denen das Weltproletariat die Zehnjahresfeier der siegreichen kommunistisch geführten russischen Revolution beging. Dieser Zusammenhang wird uns helfen, den Massen des Proletariats das Wesen und das Schicksal des Austromarxismus begreiflich zu machen, damit seinem theoretischen und politischen Zusammenbruch auch der organisatorische folge. Das wird keine leichte Arbeit sein, und der Kommunistischen Partei Oesterreichs werden auch jetzt die reifen Früchte keineswegs in den Schoß fallen. Es wird einer unsäglich geduldigen, geschickten, ausdauernden, mutigen Arbeit bedürfen, um die Befreiung der Arbeiterklasse von der austromarxistischen Kapitulantenführung zu erreichen. Das Gelingen dieses Werkes wird ein Erfolg der gesamten internationalen proletarischen Revolution sein und ihren Sieg beschleunigen.

A. SULTANSADE :

WEGE DER ENTWICKLUNG IM MODERNEN PERSIEN*

Die Entwicklung des modernen Kapitalismus gewinnt immer mehr einen monopolistischen Charakter. Die Konzentration des Kapitals hat in den vorgeschrittenen kapitalistischen Ländern solch ungeheure Ausmaße gewonnen, daß oft ganze Industriezweige in den Händen eines oder einiger Konzerne monopolisiert sind.

Parallel mit der Zentralisation und Konzentration des Kapitals innerhalb der einzelnen kapitalistischen Länder sind wir Zeugen der Entwicklung kolossaler internationaler Konzerne, Kartelle und Syndikate. Diese Indu-

* Als Diskussionsartikel gedruckt. Die Redaktion.

strieriesen trachten, während sie ihre Monopolstellung im eigenen Lande befestigen, der kostspieligen Konkurrenz auch außerhalb ihres Landes auszuweichen. Die Aufteilung der Weltmärkte zwischen den größten Konzernen dieses oder jenen Industriezweiges ist schon zur gewohnten Erscheinung geworden.

Die friedliche, gütliche Aufteilung der Weltmärkte ist aber nicht imstande, dem Konkurrenzkampf zwischen den kapitalistischen Produzenten ein Ende zu machen.

Die Beschränktheit der Absatzmärkte und der Mangel an Rohstoffquellen führten immer häufiger zur gewaltsamen Aufteilung und Umteilung der bestehenden kolonialen Länder. Dieser Umstand wird noch dadurch verschärft, daß infolge der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung des Kapitalismus die Industrie und die wirtschaftliche Macht einzelner Länder, die andere überholen und in die vorderste Position des modernen Kapitalismus vorrücken, sowohl einem Mangel an Absatzmärkten als auch an Rohstoffquellen gegenüberstehen. Infolgedessen wird das zeitweilige Abklingen des Konkurrenzkampfes unter den kapitalistischen Riesen rasch abgelöst von offener Feindseligkeit und nachfolgendem Kriege zum Zwecke der neuen Aufteilung und Umteilung der Welt. Um ihr Ziel zu erreichen, setzen die Industrie- und Bankkönige im geeigneten Augenblick die ganze ungeheure Maschinerie der bürgerlichen Gesellschaft in Gang, die Polizei, das Heer, die Presse, Korruption, Gefängnis, Verbannung, Erschießung und all das, was bei der Ausplünderung der eigenen und fremden Länder und Völker wirksam sein kann. Die ganze Staatsgewalt ist der Verteidigung der Interessen dieser ungekrönten Herrscher der kapitalistischen Gesellschaft angepaßt.

Aus dem Gesagten geht hervor, daß die selbständige Existenz jener rückständigen Länder, welche noch nicht in die gierigen Hände dieses oder jenes kapitalistischen Räubers gefallen sind, von Tag zu Tag schwieriger wird. Persien ist nun eines dieser Länder. Seine formale Selbständigkeit war früher durch den Kampf zweier imperialistischer Räuber — Englands und des zaristischen Rußland — gewährleistet. Die Oktober-Revolution machte diesem erbärmlichen Spiel ein Ende. Die USSR verzichtete auf alle Ansprüche, die auf die Versklavung und Erniedrigung Persiens abzielten. Hingegen verstärkte sich der Druck des imperialistischen England sehr wesentlich.

Die Tragödie des persischen Volkes liegt auch darin, daß dieses Land auf dem Wege nach der größten englischen Kolonie — Indien — liegt. Durch ein ganzes Jahrhundert bewachte England sorgsam alle Zugänge zu dieser Perle der britischen Krone. Indien aber ist gerade am leichtesten auf dem Wege über Persien verwundbar, und deshalb wird die Ausbeutung dieses von 300 000 000 Menschen bewohnten Landes nicht lange währen können, wenn es nicht auch nach der persischen Seite geschützt sein wird. Aber die eigentliche Furcht des britischen Imperiums wurzelt nicht darin, daß Indien überfallen werden könnte, sondern darin, daß England nur dann beruhigt in den künftigen Krieg, den es mit allen Mitteln gegen die USSR vorbereitet, eintreten kann, wenn Indien sich außer aller Gefahr befindet. Und außer Gefahr kann Indien sich nur dann befinden, wenn Persien zu einer Fortsetzung Indiens, das heißt zu einer englischen Kolonie geworden ist. Und

dies ist um so notwendiger, weil Persien sich noch im Besitze der reichsten Rohölquellen befindet, welche vom englischen Kapital in breitem Maßstabe ausgebeutet werden.

Nach dem Sturze des russischen Absolutismus besetzte England ganz Persien, in der Hoffnung, sich dasselbe im weiteren Verlaufe endgültig einverleiben zu können. Der englisch-persische Vertrag von 1919 sollte England das tatsächlich erbeutete Persien auch formell verbriefen. Doch das Wachstum und die Kräftigung der Sowjetunion sowie der starke Aufschwung der nationalrevolutionären Bewegung in Persien veranlaßten England, vorübergehend seine Absicht auf unmittelbare Aneignung Persiens aufzugeben und zwangen es, neue Wege zur Erreichung des gleichen Zieles zu suchen. Die rasche Aneignung war aber auch aus rein wirtschaftlichen Gründen unmöglich, denn Persien war ökonomisch allzu eng mit Rußland verbunden, als daß diese Verbindung so rasch hätte zerrissen werden können.

Diese schon lange Jahre währende Verbindung mit Rußland, die in den 80er Jahren begonnen hatte, zog Persien allmählich in den Kreislauf der Weltwirtschaft. Die Anlage russischer Eisenbahnen bis zur persischen Grenze verstärkte diesen Prozeß noch weiter und schuf natürlich günstige Bedingungen für die persische Ausfuhr von industriellen Rohstoffen und landwirtschaftlichen Produkten nach den ungeheuren Märkten Rußlands. Der Handelsverkehr wächst mit ungeheurer Schnelligkeit und zur gleichen Zeit wächst die Zahl und der Einfluß der persischen Kompradoren- (Kaufmanns-) Bourgeoisie.

Bis zur Oktoberrevolution orientierte sich die Kompradoren-Bourgeoisie des nördlichen und zentralen Persien sowie die Großgrundbesitzer auf das zaristische Rußland und bildeten in der Tat nur Agenturen des russischen Kapitals. Die Liquidierung des russischen Kapitalismus aber sowie das Außenhandelsmonopol und die Unmöglichkeit, die früheren Verbindungen mit Rußland wiederherzustellen, mußten unausweichlich zur Aenderung der politischen Orientierung dieser Klassen führen.

Der englisch-persische Vertrag von 1919 war auch ein Versuch der herrschenden Klassen Persiens, sich in die Arme des englischen Imperialismus zu werfen. Wenn diese aber zeitweilig und formal auf diesen Vertrag verzichteten, so geschah dies, weil sie fürchteten, von der revolutionären Welle hinweggespült zu werden und den Einfluß auf die Steuerung des Staatsschiffes zu verlieren. All dies währte bis zum Jahre 1921.

Nachdem England sich von der Unmöglichkeit überzeugt hatte, sich Persiens mit roher Gewalt zu bemächtigen, beschloß es, nach dem Beispiel Mesopotamiens und Aegyptens, durch seine Agenten Einfluß auf die Leitung des Landes zu gewinnen und auf diese Weise seine Hegemonie zu befestigen. Der Umsturz des Seyed Zia ed Din (25. November 1921) sollte dem englischen Imperialismus diesen Dienst erweisen. Doch Seyed Zia war bald als offener Englandfreund bloßgestellt und konnte die ihm gestellte Aufgabe nicht erfüllen, weshalb England beschloß, ihn durch seinen Waffengefährten Risa-Khan, eine bis dahin fast völlig unbekannte Persönlichkeit, zu ersetzen.

Risa-Khan wurden die Aufgaben auferlegt: die wachsende revolutionäre Bewegung im Lande zu zerschlagen und allmählich den wirtschaftlichen und politischen Einfluß Englands zu befestigen, das heißt also, den Vertrag von

1919 faktisch zu verwirklichen. Risa-Khan konnte dies Ziel auf zwei Arten erreichen: einerseits durch die Bildung einer nationalen Armee, andererseits — durch ein beständiges Ueberströmen der Versicherung freundschaftlicher Gefühle für die USSR, zu welchem Zwecke er sich lange Zeit als Republikaner kostümierte. In der Tat aber blieben seine Worte von Freundschaft und Republikanertum leeres Geschwätz, und der Einfluß Englands befestigte sich. Dieses verschlagene Doppelspiel dauerte bis Ende 1925, zu welchem Zeitpunkt Risa-Khan mit Unterstützung Englands alle revolutionären Herde zerstörte und, die Maske des Republikaners abwerfend, den Thron des „Königs der Könige“ bestieg.

Die wirtschaftlichen Interessen Englands forderten nachdrücklich die Befriedung des Landes. Unter dem Drucke der Volksmassen hatte England seine Okkupationstruppen aus Persien zurückgezogen, weshalb die nationale Armee Risa-Khans die Rolle des Friedensstifters spielen mußte. Zwecks erfolgreicher Verwirklichung dieser Aufgabe und rascher Liquidierung revolutionärer Aktionen in einzelnen Gebieten des Landes sowie zur Bändigung der widerspenstigen Feudalen, welche die Macht Risa Khans nicht anerkennen wollten, wurden fast überall die bürgerlichen Gouverneure durch militärische abgelöst und ein zentralisierter Polizeistaat gebildet. Die Dynastie des Schah Risa Pahlawi hätte auch nicht einen einzigen Tag ohne diesen zentralisierten Polizei-Apparat bestehen können.

Nur infolge der spezifischen Bedingungen und der Rückständigkeit der Volkswirtschaft in unserem Lande vermochten die englischen Imperialisten gemeinsam mit Risa-Khan solche „glänzende“ Resultate zu erzielen. Unser Land ist ein Land der großen Bodenaristokraten. In vielen Provinzen, z. B. in Schiras, Ispahan, Hilan usw. befinden sich 40—70 Prozent des kultivierten Bodens im Besitz einiger Dutzend Personen. Im allgemeinen sind drei Fünftel des tauglichen Bodens in den Händen von etwa 3000 Großgrundbesitzern. Jede Revolution oder Bewegung in diesem Lande wird sich unausweichlich vor allem gegen diese Schmarotzer kehren müssen, weshalb sie am meisten an einer starken Macht interessiert sind, die es vermag, sie vor den Bauern und der Revolution zu schützen. Diese Aufgabe kann die Monarchie am besten erfüllen, welche die ihnen verwandte Regierungsform ist. Die Kadscharendynastie war für diesen Zweck zu schwach und gebrechlich und deshalb beschlossen sie, gemeinsam mit England, die Dynastie des Schahs Risa Pahlawi gegen jene der Kadscharen zu unterstützen.

Auf diese Art begünstigt die Klassenstruktur des modernen Persien in höchstem Maße das Vorhaben der englisch-Risa-Khanschen Reaktion. Die wichtigste herrschende Klasse sind die Großgrundbesitzer — die tatsächlichen Herren des Landes. Der Schah Risa selbst hat sich in kurzer Zeit in einen Großgrundbesitzer verwandelt und ist so zum Willensvertreter dieser reaktionärsten Klasse geworden, welche ihrerseits eine verlässliche Stütze der neuen Dynastie wurde. Die Rolle der industriellen Bourgeoisie ist geringfügig, die Kompradoren-Bourgeoisie wiederum, welche mit allen Wurzeln mit dem ausländischen Kapitalismus verwachsen ist, war stets und bleibt, ebenso wie die Geistlichkeit, eine Waffe in den Händen der ausländischen Imperialisten. Dieses ganze Gesindel, mit dem Schah Risa an der Spitze, das bereit ist, die Interessen des Landes um irgendeinen Preis zu verraten, stellt jene innere

Kraft dar, auf welche sich das englische Kapital stützt. Der „nationale“ Medschlis, das Parlament, aber bildet auf dem Wege verfälschter Wahlen eine Verkörperung des konzentrierten Willens dieses Gesindels.

Von allem Anfang seiner Laufbahn stellte der Schah Risa sich auf England ein und war in jeder Weise bemüht, seinen Herren gefällig zu sein. Doch seine Dienstfertigkeit trat nirgends so klar zutage wie in der Angelegenheit der Eisenbahnbauten. Die transpersische Eisenbahn, welche der Medschlis am 24. Februar 1927 guthieß, soll Mohammere am persischen Golf mit dem Kaspischen Meer verbinden. Dieses Gesetz bestimmt:

1. Der nationale Medschlis gestattet der Regierung, die Eisenbahnlinie zwischen dem Hafen Mohammere und dem Hafen Bender-Gjas über Hamadan-Teheran zu erbauen.

2. Es wird der Regierung gestattet, mit der Erbauung der Eisenbahn eine ausländische oder nationale Baugesellschaft zu betrauen, unter Wahrung des Prinzips der Sparsamkeit seitens der Regierung. Es wird der Regierung gestattet, jenen Teil des notwendigen Baumaterials im Auslande zu beschaffen, dessen Anfertigung im Inland unmöglich ist.

3. Die Durchführung der erwähnten Eisenbahn erfolgt nach dem Plan eines Eisenbahnspezialisten, der in Diensten des Medschlis steht.

4. Aus dem Zucker-Monopolfonds werden 4,5 Millionen Tuman zur Errichtung eines Eisenwerks angewiesen, wobei während der ersten vier Jahre jährlich bis zu 1 Million, im fünften Jahre 500 000 Tuman zur Verfügung stehen.

5. Die Durchführung dieses Gesetzes wird den Ministerien für öffentliche Arbeiten und Finanzen übertragen.

Den Bau des Eisenhüttenwerkes wird die Englische Bank in Persien finanzieren, wofür sie als Garantie die Einnahmen aus dem Zuckermonopol erhält. Bei dieser Gelegenheit muß bemerkt werden, daß England die ganze Zeit bemüht war, die Errichtung des Zuckermonopols und die Erhöhung der Zuckerabgaben zu erreichen, weil dies die einzige Ware ist, die England nach Persien nicht einführt. Die Engländer erreichten die Verdoppelung der Zuckerabgaben und verschafften so der englischen Bank die Möglichkeit, das Unternehmen zu finanzieren. Auf diese Art geht das Zuckermonopol in die Hände Englands über, das diese Eingänge im Wege der Kassen der englischen Bank sammelt; die Gelder liegen einstweilen in der Bank — wofür die letztere 2 bis 3 Prozent bezahlt, während sie selbst für Darlehen 12 bis 16 Prozent fordert.

Im Gesetzentwurfe ist nirgends die Rede davon, woher 300 Mill. Mark zum Bau genommen werden sollen, wo das ganze Budget des Landes doch nur 90 bis 100 Mill. Mark beträgt. Dem einfachsten Menschen ist aber klar, was hier los ist. Die Erbauung der Eisenbahn steht in Verbindung mit der Bewilligung neuer Konzessionen.

Die persische Regierung hat bereits ein Uebereinkommen mit der Anglo-Persian Co. unterzeichnet, nach welchem dieser die südwestlichen Erdöl-Rayons übergeben werden, welche im weiteren Verlaufe mit der mesopotamischen Gruppe vereinigt werden. Eine zweite Konzession betrifft — die nördlichen Erdölgebiete, auch diese Frage ist fast entschieden. Die Verhandlungen drehen sich nur darum, ob die Konzession der Anglo-Persian Co. oder

der „Standard Oil“ verliehen werden soll. Offenbar wird die Verleihung an die Standard Oil erfolgen, welche mit der Anglo-Persian teilen wird. Dies bedeutet, daß die Finanzierung dieser Eisenbahn ausschließlich mit der Verleihung neuer Konzessionen an die englischen Imperialisten in Persien verknüpft sein wird, wobei die Durchführung der Eisenbahnen vor allem strategische Bedeutung hat. . . ., denn gemäß dem Plane sollen diese Eisenbahnen sogleich mit dem Irak-Eisenbahnsystem vereinigt werden, in der Zukunft aber sollen sie an das indische System angeschlossen werden. Dies ist der alte, traditionelle Traum Englands. Davon hat einst Curzon geträumt. In der Tat, welche wirtschaftlichen Vorteile gewinnt Persien, wenn es sein Eisenbahnsystem in erster Reihe mit Indien vereinigt? Von unserem Standpunkt — fast keine. Indien besitzt neben der sich kräftig entwickelnden Industrie auch ungeheure Vorräte an Rohstoffen und Lebensmitteln (Reis) und es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die geplanten südlichen Eisenbahnlinien, außer dem Import von Waren aus Indien nach Persien, letzterem nichts bringen. Persien kann nicht ernstlich auf den Export von Reis, getrockneten Früchten, Baumwolle, Wolle, Saffian, Häuten von Nord nach Süd durch den Persischen Golf zu den Weltmärkten oder über Dusbab nach den indischen Märkten rechnen.

Wenn diese Eisenbahnen nicht wirklich ausschließlich strategische Bedeutung hätten, wenn nicht im jetzigen Augenblicke, dank dem Schah Risa, die Engländer die Herren in Persien wären, so würde diese Frage offenbar wohl etwas anders gelöst werden, denn vom Standpunkte der unmittelbaren Entwicklung der Produktivkräfte Persiens, der Hebung seiner Landwirtschaft, der Kräftigung der Wirtschaft der nordwestlichen, nördlichen und nordöstlichen, aber auch der zentralen Provinzen besitzen jene Linien eine ungeheure Bedeutung, welche gerade Teheran mit Meschhed verbinden sowie die Linie Teheran Astar.

Bei vergleichsweiser Untersuchung der Zölle nach dem Warenverkehr in bezug auf Export und Import ergibt sich, daß die nördlichen, nordwestlichen und nordöstlichen Wege — die Wege des persischen Exports sind (mit Ausnahme von Opium, welches nach Buschehr geht), die südlichen, südwestlichen und südöstlichen Wege hingegen hauptsächlich jene des persischen Imports sind.

Wenn die Annahme richtig ist, daß ohne Aufstieg der Landwirtschaft, ohne Wachstum der Baumwoll- und Reisplantagen, ohne Entwicklung der Seidenraupenzucht und der Teppichindustrie, ohne Sicherstellung des Absatzes für die Produkte des gewerblichen Gartenbaus und der Viehzucht keine richtig aufgebaute Volkswirtschaft denkbar ist, wenn es ebenso unbestreitbar ist, daß in einer geordneten Wirtschaft der Import nur in Abhängigkeit vom Export reguliert werden kann, dann kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die zuerst zu erbauenden Eisenbahnen die produktiven Gebiete mit den Absatzmärkten verbinden müssen. Wenn aber heute Persien entgegen seinen Lebensinteressen sich entschließt, den persischen Golf durch eine Eisenbahnlinie mit dem Kaspischen Meer zu verbinden, so ist für uns vollkommen klar, daß dieses Projekt von den Engländern eingeflüstert ist, welche längst schon davon träumen, Aegypten, Palästina und Mesopotamien mit Indien zu verbinden. Zur Erreichung dieses Zieles projiziert daher die

persische Regierung unter Leitung des Schahs Risa außer der transpersischen Eisenbahn noch, gemeinsam mit den Engländern, die Erbauung einer ganzen Reihe anderer Hauptlinien, und zwar: 1. Hanakan—Hamadan—Teheran. 2. Dostabad—Mesched—Schahrud (die indisch-persische Hauptlinie). 3. Teheran—Schahrud. 4. Dostabad—Kirman—Schiras—Beibehan—Hindijan—Mohammere. 5. Mohammere—Basra. 6. Mosul—Rewandus—Täbris. 7. Täbris—Teheran. Und so hätte die Erbauung dieser Eisenbahnen außer der politisch-ökonomischen auch noch ungeheure strategische Bedeutung, weil sie für die Engländer folgende Möglichkeiten brächte: 1. Den Eisenbahnweg nach Indien (Foat—Heifa—Bagdad). 2. Die erfolgreiche Kräftegruppierung in bedeutendem Umkreis der indischen Grenzen. 3. Günstige Vorbedingungen für operative Maßnahmen gegen die kaukasischen und turkestanischen Grenzen der USSR. 4. Die Verwandlung der Irak-Iran-Gebiete in einen einzigen Waffenplatz*.

Wenn all dem noch hinzugefügt wird, daß die Eisenbahn Persischer Golf—Kaspisches Meer von äußerster Wichtigkeit für die Konzessionsbewerber und das nördliche Erdölgebiet ist, wo England zweifellos den Löwenanteil erraffen wird, und daß ohne diese Eisenbahn die Ausbeutung der nördlichen Erdölgebiete den ausländischen Konzessionären ungeheure Schwierigkeiten bereiten würde, da wird der Wunsch der Regierung des Schah Risa Pahlawi, seinen Herren gefällig zu sein, vollkommen verständlich.

Dies ist noch nicht alles. Die Tätigkeit der Engländer entfaltet sich auch noch auf anderen Wegen. Sie projektieren die Erbauung einer ganzen Reihe von Landstraßen. Acht Gruppen solcher Straßen sind von der Regierung bereits gutgeheißen. Diese Straßen sollen einerseits die mesopotamischen Straßen über Teheran mit Täbris verbinden, andererseits führen ganze Serien von Straßen zur Verbindung mit dem indischen System.

Die Bedeutung des im Bau befindlichen Straßennetzes ist ungeheuer: 1. Die technische Erleichterung für den Bau der projektierten Eisenbahnlinien (insbesondere beim Bau der transpersischen Hauptlinie Mohammere—Teheran-Bender Gjas und der Bagdader Zweiglinie Hanaken—Hamadan). 2. Es wird ein Netz fahrbarer Wege und Hauptlinien geschaffen, welche eine breite Entwicklung des Autotransportes vorsehen. 3. Es werden innere Absatzmärkte durch die Verbindung von entfernten Provinzen untereinander geschaffen. 4. Die Frage des Transitverkehrs durch die USSR findet für Nordpersien ihre teilweise Lösung, weil die Möglichkeit geschaffen wird, die Produktion des Nordens auf den inneren Märkten und in den Häfen des Mittelmeeres abzusetzen. 5. Es werden Vorbedingungen für die weitere erfolgreiche Ausdehnung des britischen Imperialismus geschaffen. 6. Diese Bahnen, welche eine Verlängerung der indischen und Irak-Eisenbahnen in der Richtung nach den transkaukasischen und turkestanischen Grenzen der USSR darstellen, erhalten die Bedeutung strategischer Wege. Auf diese Weise werden die Vorbedingungen dazu geschaffen, in einem beliebigen Augenblick auf Automobilen aus Indien und Mesopotamien Zehntausende Bewaffneter zur Unterstützung der Regierung herbeizuschaffen, um

* Siehe Informations-Sammelwerk April 1927 Seite 118—120, Verlag der Stabsverwaltung der Roten Armee.

„bolschewistische“ Aktionen in Täbris, Chorassan und anderen Orten zu unterdrücken.

Endlich schafft England Benzinvorräte nach Kaswin und anderen Gebieten, um notfalls eine Basis für Flugzeuge in der Zukunft bereit zu haben. Und all dies wird mit allen Kräften von der Regierung des Schah Risa unterstützt.

Nach alldem ist klar, wozu England in Persien Vorbereitungen trifft.

Parallel hiermit diskutierten in der letzten Zeit die Spezialisten der englischen Presse über die „Sicherung“ der indischen Grenze. Diese Frage flatterte zuerst in den Blättern der konservativen Presse im Augenblick der Entfaltung der Anti-Sowjet-Kampagne auf, welche von der „Warnungsnote“ Chamberlains im Frühjahr 1927 begleitet war. Der Kommandant der britischen Truppen in Indien selbst trat damals mit seinen bekannten Erklärungen von der angeblichen Gefahr, welche Indien seitens der „Nachbarn“ drohe, auf. Es war vollkommen klar, daß das britische Militärkommando den Boden für bedeutende militärische Transporte aus der Hauptstadt nach Indien vorbereitete. Jetzt teilt der mit dem englischen Außenministerium in Verbindung stehende „Daily Telegraph“ mit, daß zwischen dem Londoner Kabinett und der indischen Regierung ein lebhafter Meinungs austausch über die Frage der Mechanisierung der Grenztruppen und der Verstärkung der bewaffneten englischen Kontingente in Nordindien vor sich geht. Die Ziele, welche das konservative Kabinett verfolgt, sind genügend klar: die englischen Imperialisten gehen darauf aus, die bewaffneten Kräfte Indiens in ihre Hände zu bekommen und diese zur Verwirklichung ihrer Anti-Sowjet-Pläne zu benutzen.

Auf diese Art trachtet England, durch Vermittlung des Schahs Risa Pahlawi Persien allmählich für den künftigen Krieg gegen die USSR vorzubereiten.

Aber die politischen und strategischen Pläne der englischen Diehards vermögen nicht die schwere ökonomische Lage des Landes zu verbessern.

Wie bekannt, hat der landwirtschaftliche Charakter Persiens dieses zum Lieferanten von Rohstoffen für die industriellen Mittelpunkte Europas gemacht. Je mehr Persien in den Kreislauf der Weltwirtschaft einbezogen wurde, um so schneller paßte es sich den Bedürfnissen des Weltmarktes an, um so schneller fühlte es seine Abhängigkeit von den ausländischen Kapitalisten. Das Wachstum seiner Verbindungen mit der Weltwirtschaft hat in Persien den Bodenpreis stark in die Höhe getrieben und an vielen Orten zum Verfall der feudalen Anwesen geführt, welche allmählich in die Hände des Handels- und Wucherkapitals übergingen. Der Wucher, der in der Zeit der Morgenröte des Kapitalismus in Europa eine gewisse fortschrittliche Rolle spielte und berufen war, das alte feudale System zu zerstören, hat in Asien, wie Karl Marx zeigt, ganz umgekehrt eher zu einer Verstärkung des feudalen Systems geführt:

„Revolutionär wirkt der Wucher in allen vorkapitalistischen Produktionsweisen nur, indem er die Eigentumsformen zerstört und auflöst, auf deren fester Basis und beständiger Reproduktion in derselben Form die politische Gliederung ruht. Bei asiatischen Formen kann der Wucher lange fort dauern, ohne etwas anderes als ökonomisches Verkommen und politische Verdorbenheit hervorzurufen. Erst wo und wann die übrigen Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise vorhanden, erscheint der Wucher als eines der Bildungsmittel der neuen Produktionsweise, durch Ruin der

Feudalherren und der Kleinproduktion einerseits, durch Zentralisation der Arbeitsbedingungen zum Kapital andererseits**.

Infolgedessen ist es, gelinde gesagt, unrichtig, wenn einige „Kenner“ des Ostens von einer fortschrittlichen Rolle des kaufmännischen Bodenbesitzes in einem im höchsten Maße typischen östlichen Lande, wie es Persien ist, sprechen. Die Methoden der Tätigkeit des Wucherkapitals in Persien sind nahezu die gleichen, wie wir sie in der antiken Welt — in Rom und in Griechenland — sahen, wo der Uebergang des Bodenbesitzes in die Hände der Wucherer zur gewohnten Erscheinung geworden war.

Welches ist nun die Ursache der Anlage des Handels- und Wucherkapitals in der Bodenkultur? Auf diese Frage gibt Marx folgende erschöpfende Erklärung. Nach Marx muß man im allgemeinen annehmen, daß bei weniger entwickelten vorkapitalistischen Produktionsmethoden der Ackerbau produktiver ist als die Industrie, weil hier an der Arbeit die Natur als Maschine und Organismus teilnimmt, während in der Industrie die Naturkräfte noch fast zur Gänze durch die Menschenkraft ersetzt werden müssen.

Dank der beispiellos billigen bäuerlichen Arbeitskraft und der Möglichkeit ihrer unbegrenzten Ausbeutung ist es für den Wucherer vorteilhafter, seine Mittel im Ackerbau anzulegen statt in der Industrie. Aber das Handels- und Wucherkapital hat, als es seine Tätigkeit in den Ackerbau verlegte, alle Methoden der feudalen Gutsbesitzer-Ausbeutung der bäuerlichen Arbeit ausgenützt, teilweise durch die Auffrischung und Befestigung der Leibeigenschaftsverhältnisse im Dorfe.

Die Wirtschaft der Agenten des ausländischen Kapitals in Persien wirkt sich besonders schwer auf die Hausindustrie und das Handwerk aus. Die Einfuhr billiger Waren aus dem Auslande ruiniert diese Gruppen immer mehr und führt dazu, daß sie halb verhungert ihr klägliches Dasein fristen. Der noch in den Anfängen steckende Zustand der nationalen Industrie beraubt sie der Möglichkeit, ihre Arbeitskraft im Inlande zu verkaufen und zwingt sie, das Stück Brot außerhalb der Grenzen des heimatlichen Bezirkes zu suchen. Die Entwicklung der kapitalistischen Elemente und die Umwandlung Persiens in ein koloniales Anhängsel dieser oder jener kapitalistischen Macht muß die ohnehin schon schwierige Lage der werktätigen Heimarbeiter und Handwerker noch weiter verschlimmern.

Das bestehende Wirtschaftssystem in Persien und die Herrschaft der Schah- und Gutsbesitzermacht stellen der Entwicklung der Produktivkräfte des Landes außerordentliche Hemmungen entgegen. Die produktive Klasse in Persien bleibt im Wesen zunächst noch die Bauernschaft und zum Teil auch die Hausindustrie und das Handwerk, und von der Arbeit dieser Klassen leben die Parasiten: der Schah und sein Hof, die Grundbesitzer aller Schattierungen, die Kaufleute und Vermittler, die Geistlichkeit aller Stufen usw. Aber die Klasse, welche dieses zahllose Heer von Parasiten zu ernähren hat, befindet sich selbst im Elend und in unerhörter Bedrückung. Persiens Erscheinen am Weltmarkt, die Entwicklung der Außenhandelsumsätze und das Eindringen der Waren- und Geldbeziehungen ins Dorf haben die Ausbeutung der Bauernmassen im höchsten Maße gesteigert. Einerseits begannen die großen und kleinen Grundbesitzer, mit allen Mitteln den Bauern- und

* Kapital, Band 3, II. Teil, Seite 136, 6. Auflage.

Gemeinschaftsbesitz sich anzueignen, andererseits drängte der wachsende Mangel an Geldmitteln die Gutsbesitzer-Muldekaren zur Einführung immer neuer Steuern und Abgaben zu Lasten der Bauernschaft. Die Agenten der Macht des Schahs unterstützten hierin, wie immer, die Bodenbarone und deren Ziele. Häufig ist der Bauer, um auch nur seine Existenz zu sichern, genötigt, sein Stückchen Boden für diese oder jene Moschee hinzugeben, um sich vor dem Anschlag eines Besitzers-Arbab und vor der Zahlung außerordentlicher und unerhörter Steuern zu retten. Dieser Umstand hat besonders zur Ausdehnung der Besitztümer der Wakufs beigetragen, deren Ausmaße immer mehr anwachsen. Das Fehlen eines inländischen Marktes und großer industrieller Konsumzentren bringt den Ackerbauer in starke Abhängigkeit vom Gutsbesitzer, vom Wucherer und der Kompradoren-Bourgeoisie, welche wie Blutegel den letzten Tropfen Blut der ohnehin schon ruinierten Bauernschaft aussaugen.

Daher rührt es, daß trotz des grausamen Regimes des Schahs Risa-Pahlewi und ungeachtet der freigebigen Hilfe seiner englischen Verbündeten bei der Unterdrückung der revolutionären Bewegung die ganze Zeit einmal hier, einmal dort Aufstände der werktätigen Massen gegen das Blutregime der neuen Dynastie aufflackern. Immer neue Aufstände in Aserbeidschan, Gilan, Chorassan beweisen zum Ueberfluß, daß die revolutionäre Gesinnung in den Kern der werktätigen Massen in Dorf und Stadt eingedrungen ist, daß die Bauernschaft, welche bis zur letzten Zeit abseits stand, nun aktiven Anteil nimmt am Kampf gegen das bestehende System und die Reaktion der Engländer und des Schahs Risa. Doch die Reaktion, die mit der Unterdrückung der nationalen Bewegung alle Hände voll zu tun hat, kennt keine Gnade. Alle Aufstände wurden mit unerhörter Grausamkeit unterdrückt und die lebend ergriffenen Teilnehmer und Führer verfielen öffentlicher Folterung und Hinrichtung (Gilan). Dort, wo die Kräfte des Schahs Risa nicht ausreichten, den Aufstand zu liquidieren, kam die englische Technik zu Hilfe — Lastautomobile, Aeroplane usw. (Chorassan). Doch mit Aeroplanen und Erschießungen lassen sich ökonomische Probleme nicht lösen. Die Bauern fordern Boden, das Land harret der Entwicklung der Produktivkräfte. Es muß der innere Markt geschaffen werden, die inländische Industrie. Das Land kann die Bevölkerung selbst in den Grenzen jener dürftigen Normen, nach welchen die werktätigen Massen Persiens leben, nicht ernähren. Deshalb lassen alljährlich Zehntausende ihre ererbten Plätze im Stich und suchen Arbeit in Mesopotamien, Konstantinopel, Baku, Turkestan usw. Durch Strafexpeditionen und grausame Justiz läßt sich keine Industrie schaffen und die ökonomische Lage der Bauern nicht verbessern.

Die Industrie Persiens kann auf zwei Arten geschaffen werden: entweder im Wege der Entwicklung der privatkapitalistischen Wirtschaft oder im Wege der planmäßigen Organisierung des ganzen Wirtschaftslebens des Landes. Der erste Weg ist für Persien mit außerordentlich schweren Konsequenzen verbunden, weil mangels einer Kapitalakkumulation im Lande dieses aus eigenen Mitteln auch nicht einmal die normale Industrie bilden kann. Persien hat die Epoche der ursprünglichen Akkumulation noch nicht durchschritten. Mehr noch, das Fehlen der allgemeinen Bedingungen für die Entwicklung des Kapitalismus führt dazu, daß zeitweilig das in den

Händen der Handels- und Wucherbourgeoisie angesammeltes Kapital, wie wir bereits hörten, nicht den Weg zur Industrie, zur Gründung neuer Werke und Fabriken findet, sondern nach der Agrikultur strebt, wo es unter Ausnutzung der wahrhaft vorsintflutlichen Ausbeutungsmethoden auf dem Rücken der Bauernschaft ein neues parasitäres Dasein beginnt. Nun ist es wahr, daß die ursprüngliche Akkumulation durch die Einfuhr ausländischen Kapitals ersetzt werden kann, aber für Persien bedeutet dies den Ausverkauf des Landes an die ausländischen Kapitalisten, in erster Reihe an die Engländer. England kann nicht ohne Kampf ein Wachstum ökonomischer Interessen — insbesondere auf dem Gebiete der Kapitalanlage einer anderen Macht — zulassen; denn Persien ist ein zu wichtiger Punkt im Weltsystem der englischen Kolonien, als daß England auf seine Hegemonie leicht verzichten würde. Deshalb kann die Entwicklung des Kapitalismus in Persien unter dem bestehenden System nur den Weg der Umwandlung Persiens in ein koloniales Anhängsel im System des englischen Imperialismus gehen. Alle ökonomischen Maßnahmen des Schahs Risa (Bau von Eisenbahnen und Landstraßen, Verleihung von Konzessionen usw.) erfolgen im ganzen und großen im Interesse des englischen Kapitals. Das Auftauchen kleiner Werke und Fabriken in diesem oder jenem Teile des Landes kann an diesem Grundprozeß nichts ändern. Wenn wir noch hinzufügen, daß jetzt schon die wichtigsten Kommandohöhen der persischen Wirtschaft, wie Banken, Telegraph, Erdöl usw., sich in Englands Macht befinden, so wird es ganz klar, in welcher Richtung sich Persien unter dem Schah Risa entwickelt.

Für Persien bleibt nur noch ein letzter Weg offen: es kann und muß den langen und außerordentlich schmerzhaften kapitalistischen Weg der Entwicklung umgehen. Die Bildung von industriellen Genossenschaften innerhalb der Hausindustrie und des Handwerkes in den Städten und die Bildung landwirtschaftlicher Genossenschaften in den Dörfern muß zu einer Hauptlösung der der IKP (Iranische Kommunistische Partei) werden. Parallel hiermit muß die Partei mit allen Mitteln bei der Organisation und Entwicklung der Genossenschaften behilflich sein, um das Bündnis zwischen dem siegreichen Proletariat Rußlands und seiner sozialistischen Industrie und den werktätigen Konsumenten Persiens zu erleichtern, unter tunlicher Ausschaltung überflüssiger Vermittler.

Nur durch die Unterstützung des siegreichen Proletariats der vorgeschrittenen industriellen Länder kann Persien den Weg der sozialistischen Entwicklung standhaft beschreiten.

H. G. BOSSE:
**DER KONGRESS DER AMERICAN FEDERATION
 OF LABOUR**

Einleitung: Der 47. Kongreß des Amerikanischen Arbeiterbundes (AFofL) hat während der beiden ersten Oktoberwochen in Los Angeles in Kalifornien stattgefunden. Die früheren reaktionären Rekordleistungen, derentwegen der Amerikanische Arbeiterbund in der ganzen Welt berüchtigt geworden ist, wurden durch die Orgie der Entartung weit übertroffen, zu der sich dieser Kongreß entwickelte. In diesem Jahre schloß die Bürokratie die Kommunisten nicht nur aus, sondern sie verhaftete sie sogar.

Ein Pfaffe eröffnete den Kongreß, ihm folgten Senatoren, Unternehmer, Regierungsmitglieder usw., — sämtliche Agenten des kapitalistischen Imperialismus, deren Präsident Green habhaft werden konnte. Der Staatssekretär des Arbeitsministeriums, Davis, ein äußerst konservativer „republikanischer“ Millionär, der Ehrenmitglied einer Gewerkschaft der AFofL ist, hielt eine politische Rede auf dem Kongreß. Er hetzte gegen die Kommunisten, verlangte dringend die Entlassung von 300 000 Bergarbeitern aus dem Kohlenbergbau und empfahl den Unternehmern, hohe Löhne zu zahlen. Er riet diesen letzteren, andere Beschäftigungen für die Arbeiter zu finden, die durch arbeitsparende Maschinen überflüssig geworden sind. Er empfahl die Umwandlung der Fachverbände in Industrieverbände, um den Unternehmern juristische Streitigkeiten mit den einzelnen Fachverbänden zu ersparen.

Darauf hielten die brüderlichen Delegierten Großbritanniens, Pugh und Sherwood, eine Ansprache an den Kongreß. Pugh setzte auseinander, der Generalstreik sei keine revolutionäre Tat gewesen, erst das Gewerkschaftsgesetz habe die Arbeiter in dieser Richtung vorwärts getrieben. Er erzählte den Delegierten, die europäische Arbeiterschaft verfolge mit größtem Interesse die Arbeit der amerikanischen Gewerkschaften, vor allem die ihrer Arbeiterbanken und ihre Zusammenarbeit mit den Unternehmern. Er warf die Frage auf, ob dies schließlich dazu führen werde, daß der Kapitalismus zum Diener der Arbeiterschaft werde oder zu einem lebhafteren Wettbewerb gegenüber der übrigen Welt und im eigenen Lande, dessen Ergebnis dann die vermehrte Ausbeutung der Arbeiterschaft sein werde. Auf internationalem Gebiet hoffte er auf eine neue Weltarbeiterorganisation, die sich mehr auf industrielle als auf national abgegrenzte Verbände aufbauen und mit den zu einem Völkerbund zusammengeschlossenen Regierungen zu verhandeln haben werde. Sherwood befürwortete die Verschmelzung zu Industrieverbänden und drückte seine Verwunderung über die Hilflosigkeit der amerikanischen Verbände gegenüber Verwaltungsbeamten, Unternehmern, Richtern usw. aus. Er würzte seine Rede mit zahlreichen Beschuldigungen gegen die Kommunisten. In seiner Antwort stimmte Green diesen Anschuldigungen bei, wobei er sagte, daß sie seine Weigerungen rechtfertigten, im Jahre 1925 auf den Rat Purcells sich „mit den russischen Gewerkschaften

zu verbinden“. . . . Der brüderliche Delegierte aus Kanada, Fannilo, zog gegen die Kommunisten und gegen die unabhängigen Gewerkschaften los und pries den Amerikanischen Arbeiterbund wegen seiner konservativen Politik.

Der Feldzug gegen die Kommunisten. Die Atmosphäre war mit Feindseligkeit gegen die Kommunisten und die Radikalen geladen, angefangen mit jener ersten Erklärung der Exekutive an die Presse, in welcher diese dafür garantierte, daß keinem Kommunisten die Teilnahme an dem Kongreß gestattet werde. Alle Begrüßungsredner lobten die Bürokratie als den größten Feind des Radikalismus. Die bürgerliche Zeitung „Evening Expreß“ in Los Angeles schrieb: „. . . sie sind nicht die Feinde des freien Marktes, als die sie sich gern hinstellen.“ Genosse Schneiderman, ein Mitglied unserer Partei und Delegierter des Buchhalter- und Angestellten-Verbandes von Los Angeles, der von der Teilnahme am Kongreß ausgeschlossen wurde, wurde vom Vizepräsidenten Woll und vom Sekretär Morrison als dem von der Exekutive speziell zu diesem Zweck ernannten Komitee verhört. Kriminalkommissar Heynes, der Führer der „roten Polizeisektion“, war gleichzeitig mit ihnen anwesend. Dieser Spitzel ist verantwortlich für die Razzien und Verhaftungen bei den Sacco- und Vanzetti-Kundgebungen und ist deswegen aus der Versammlung des Zentral-Gewerkschaftskomitees von Los Angeles hinausgeworfen worden. Auf dem Tisch von Morrison lagen Dokumente, die die Polizei bei diesen Razzien in die Hände bekommen hatte. Während des ganzen Kongresses unterhielt sich Heynes beständig mit den Führern der AFofL, die ihm alle fortschrittlich Gesinnten und Radikalen auf der Galerie kenntlich machten. Ungefähr 30 Kommunisten wurden während der ganzen Dauer des Kongresses ständig von Geheimpolizisten verfolgt. Genosse Bush wurde zweifellos auf Veranlassung der Bürokratie verhaftet, denn die Verhaftung fand Dienstag nachts statt, unmittelbar nach Davis' Hetzrede gegen die Roten, aber die Presse brachte erst Donnerstag eine Notiz hierüber; — diese Verzögerung hatte den offensichtlichen Zweck, Davis von dem Verdacht einer direkten Verbindung mit dieser Angelegenheit zu reinigen. Die Polizei erhielt durch Green die Stichworte von Davis' Rede. Jeder bekanntere Kommunist, der sich dem Saal näherte, wurde von ihnen bedroht. Zwei weitere wohlbekanntere Kommunisten und Karl Haeßler, der geschäftsführende Direktor der Arbeiter-Agentur der „Federatet Preß“, wurden ebenfalls verhaftet und eine Zeitlang in Gefangenschaft gehalten. Nach dem Kongreß besuchten Green und eine Anzahl weiterer Delegierter die Sehenswürdigkeiten Süd-Kaliforniens in Polizeiautos, die uniformierte Polizisten als Chauffeure lenkten. Sie besuchten auch ein Gefängnis, wo sie den Behörden zu ihren wirksamen Fürsorgeeinrichtungen für die radikalen Elemente gratulierten.

Die auswärtige Politik der Reaktionäre. Eine Resolution, die die Zurückziehung der Truppen aus China und Nikaragua verlangte und die irgendwie durch den äußerst reaktionären Verband des Staates New York eingebracht war, wurde einstimmig verworfen, weil sie gegen das Ansehen und die Interessen der Staatsregierung gerichtet sei. Die Tatsache, daß dies eine Verwerfung der Politik bedeutete, die der Juli-kongreß des Pan-Amerikanischen Arbeiterverbandes angenommen hatte, fiel

nicht ins Gewicht. Eine zahme Resolution zugunsten der Unabhängigkeit der Philippinen wurde angenommen, aber keine praktischen Schritte unternommen, um sie zur Durchführung zu bringen. Die örtliche Presse stellte unumwunden fest, daß Genosse Bush verhaftet worden war, „weil man glaubte, daß er antiimperialistische Resolutionen in Händen habe“.

Die Beziehungen des amerikanischen Arbeiterbundes zu Amsterdam bilden ein hübsches Seitenstück zu denen der amerikanischen Staatsregierung zum Völkerbund. In beiden Fällen werden „Beobachter“ entsandt, die die Politik unterwühlen und den Zusammenschluß gegen die revolutionären Organisationen vorbereiten sollen. Zahlreichen der AFofL angeschlossenen Gewerkschaften, den Maschinisten, den Kohlenbergarbeitern usw., wurde gestattet, sich den Amsterdamer anzugliedern. Aber die Korrespondenz zwischen Green und Oudegeest wurde dem Kongreß ohne ein Wort der Empfehlung übergeben.

Die „Monroe Doktrin“ der Arbeit wurde den lateinamerikanischen Arbeitern aufgezwungen, um sie von der übrigen Arbeiterbewegung der Welt zu isolieren. Sie bürgt dafür, daß sie jede offene oder „heimliche“ Einmischung fremder Arbeiterbewegungen in das Monopol des amerikanischen Arbeitervereins über die westliche Erdhälfte ausmerzen werde. Der Versuch, eine panamerikanische Internationale zu schaffen, hatte den Zweck, die arbeitenden Massen vor den Wagen des Imperialismus von Wall Street zu spannen. Woll wurde vom Arbeitsministerium zu der Pan-amerikanischen Handelskonferenz delegiert, gemeinsam mit einer Anzahl fetter Bankiers, die an den Kapitalsinvestitionen in Lateinamerika interessiert sind. Frey, auch einer von Greens Offizieren, wurde von ihm zum Vertreter bei der Genfer Wirtschaftskonferenz ernannt, um mitzuhelfen, die Lebenshaltung der europäischen Arbeitermassen herunterzudrücken. In seinem Bericht an die Exekutive stimmte Frey der Rationalisierung der europäischen Industrie zu. Er begeisterte sich für Balfours Befürwortung der Zusammenarbeit der Klassen und griff den Vertreter der Sowjetunion an, weil er diese Rationalisierungspolitik bekämpft hatte.

Der amerikanische Arbeiterbund hat einen beständigen Druck auf den mexikanischen Arbeiterbund ausgeübt, genau so wie die Staatsregierung auf die mexikanische Regierung. Bei der Konferenz von Vertretern der beiden Verbände, die am 6. August stattgefunden hat, wurde folgendes Einwanderungsprogramm gemeinsam festgesetzt: 1. Die mexikanische Regierung zu ersuchen, die Einwanderung mexikanischer Arbeiter nach den Vereinigten Staaten ebenso wie die von Angehörigen der östlichen Länder zu beschränken, nötigenfalls durch Gesetz. 2. Die Einwanderung nach Mexiko aus Gründen der moralischen, physischen oder politischen Ungeeignetheit zu beschränken oder auszuschließen. 3. Die mexikanische Regierung zu ersuchen, daß sie eine Einwanderungspolitik treibe, die der der Vereinigten Staaten angepaßt ist, und deren Durchführung durch das Gesetz erzwingen. Als Entgelt für diese Unterwerfung unter die Staatspolitik der AFofL sind die Vertreter der letzteren damit einverstanden, daß mexikanische Arbeiter weiterhin ohne Beschränkungsquote nach den Vereinigten Staaten kommen. Der AFofL will also auf dem Papier den mexikanischen Arbeiter dafür

unterstützen, daß er die letzten Ueberreste seiner Klassenpolitik zum Opfer bringt.

Auf dem Kongreß entspann sich ein heftiger Kampf über die Frage der mexikanischen Einwanderung. Die Exekutive wünschte, daß die mexikanischen Gewerkschaften und die mexikanische Regierung freiwillig die Einwanderung beschränkten. Die Opposition wünschte, daß der Kongreß das Kontingentgesetz zur Anwendung bringe, aber die Verwaltungsmaschinerie siegte mit 135 gegen 32 Stimmen. Dies war die einzige Frage, über die eine wirkliche Meinungsverschiedenheit bestand, und hier erwies sich die Opposition als noch reaktionärer als die Verwaltung. Green sprach von internationalen Schwierigkeiten und sagte, daß eine Kontingentierung für Mexiko eine solche für Kanada nach sich ziehen würde, und daß auf diese Weise die kanadische Unabhängigkeitsbewegung vorwärtsgetrieben würde. Uebrigens seien 140 000 kanadische Arbeiter im Amerikanischen Arbeiterbund organisiert, so daß eine solche Politik unklug wäre. Die Bürokratie arbeitete Hand in Hand mit den reaktionärsten Hetzern gegen die Arbeiterschaft und gegen die Roten auf dem Kongreß, die sich für eine Beschränkung der Einwanderung auf 25 000 Personen jährlich für jedes Land aussprachen. Green und seine Anhänger waren sogar unmenschlich genug, dem einen Gesetzentwurf für die Zulassung von 35 000 Ehefrauen und unverheirateten Kindern von Ausländern entgegenzusetzen, weil dies „eine Stufe zur Aenderung der gesamten Einwanderungspolitik der Vereinigten Staaten bedeute“. Sie schlugen auch vor, daß man 69 Hindus, die sich vor der Verfolgung der indischen Regierung nach Amerika geflüchtet hatten, das Bürgerrecht gewähren möge, und behaupteten, daß dies einen Präzedenzfall für 400 weitere Asiaten, die sich in Kalifornien aufhalten, bilden werde. Es wurde ein einstimmiger Beschluß gefaßt, in dem das Verbot der Einwanderung aus Asien nach Hawaii gebilligt wurde, weil man fürchtete, daß diese Elemente dann nach den Vereinigten Staaten kommen könnten. Es ist kaum zu hoffen, daß die Exekutive Gesetzentwürfen, die die Regierung eingebracht hat und die die Registrierung, die Abnahme von Fingerabdrücken und ähnliches für Ausländer verlangen, Widerstand entgegenzusetzen wird. Die Reaktionäre sind in ihrer Feindschaft gegen ausländische Arbeiter so weit gegangen, daß sie jetzt die Durchbringung eines Gesetzes versuchen, das verlangt, daß nur amerikanische Bürger bei staatlichen Arbeiten beschäftigt werden dürfen.

Die Arbeiterpolitik der Bürokratie. Als Hauptaufgabe der Arbeiterbewegung in einem Lande, wo weniger als ein Zehntel der Arbeiterschaft organisiert ist, erscheint wohl die, die Unorganisierten zu organisieren. Die (kommunistische) Arbeiterpartei konnte durch ihre Zelle in den Ford-Werken 15 000 Leser für ihre Fabrikzeitung gewinnen. Trotzdem ist es zahlreichen Organisatoren des Amerikanischen Arbeiterbundes in Detroit nicht gelungen, auch nur eine der Autofabriken der Stadt durchzuorganisieren, obwohl ein entsprechender Beschluß auf dem letzten Jahreskongreß gefaßt worden war. Die Exekutive berichtete, daß zwei Konferenzen in Hauptorten abgehalten worden seien, aber daß das klare Ergebnis einer zweijährigen Arbeit derart sei, „daß wir nicht in der Lage sind, im einzelnen über diese Kampagne zu berichten“. Der Metallarbeiter-Kongreß hatte eine Resolution angenommen, daß die Arbeiterschaft der Luftschiffindustrie organisiert

werden solle, und der Kongreß der AFofL beschloß außerdem, die Textilarbeiter des Südens zu organisieren, nach den Darlegungen des Führers des Textilarbeiterverbandes, Mac Mahon, der feststellte, daß im Süden über eine Million Textilarbeiter „55 Stunden wöchentlich für fast nichts arbeiteten“. Es wurde auch beschlossen, den Wäschereiarbeitern der Vereinigten Staaten und Kanadas bei ihrer Organisation zu helfen, eine Kampagne unter den Hotel- und Restaurantarbeitern zu eröffnen, ebenso unter den Arbeitern der Metallbergwerke von Kanada sowie den Arbeitern von Portorico. Indessen wurden keinerlei praktische Schritte hierfür unternommen, und die Erfahrungen über die Organisation der Autoarbeiter, ebenso wie die Zunahme der Mitgliederzahl im abgelaufenen Jahr (8441; Mitgliedschaft 1927: 2 814 407) zeigen zur Genüge, welchen Wert man diesen Resolutionen beilegen darf. Trotzdem während der Tagung des Kongresses der Rassenkrieg sein drohendes Haupt erhob und trotzdem in letzter Zeit eine große Anzahl von Negern gelyncht worden ist, lehnte es der Kongreß ab, auch nur den kleinen Finger zu rühren, um die Hunderttausende von Negern, die Industriearbeiter sind, zu organisieren. Seine Haltung gegenüber diesem Problem war praktisch dieselbe wie die der weißen Sklavenhalter des Südens.

Trotz der Tatsache, daß die zwei schlimmsten Bestimmungen, die die Geschichte der Arbeiterbewegung kennt, kurz vor und während der Tagung zur Einführung kamen, Bestimmungen, welche Streiks, die den zwischenstaatlichen Handel berühren, für vogelfrei erklären (in der Praxis fällt jedes Produkt, das innerhalb unseres Landes hergestellt wird, in diese Kategorie), drückte der Kongreß nur sein Bedauern hierüber aus und lehnte es ab, irgend etwas zu unternehmen. Der gewaltige Streik von 200 000 Bergarbeitern wurde nicht einmal in dem Bericht der Exekutive erwähnt und ebensowenig der Fall Sacco und Vanzetti. In der Tat, Green hat den Berichterstattern der kapitalistischen Presse versprochen, daß dieser Fall beim Kongreß nicht zur Diskussion kommen werde, und er hat sein Wort gehalten. Ein solcher Verrat an den beiden hervorragendsten Ereignissen des vergangenen Jahres, die die Arbeiterschaft betreffen, war zu erwarten in dieser Atmosphäre des Gewerkschaftskapitalismus, der Zusammenarbeit der Klassen und der Rechtsstreitigkeiten.

Vor der Eröffnung des Kongresses stellte Green fest, daß die Steigerung der Produktivität die Einführung der fünftägigen Arbeitswoche erforderlich mache, aber sie müsse sehr allmählich eingeführt werden, „so daß sich die Industrie ihr anpassen könne.“ Hier wie überall sonst galt sein erstes Interesse der Wohlfahrt der Kapitalisten. Indessen war es Frey vorbehalten, den hervorragendsten Beitrag zum Kongreß zu liefern — die neuen Lohntheorien und die Ausmerzungen der Streiks, die in das aufgehen sollen, was die Reaktionen „die höhere Streiktheorie“ nennen. Der Bericht der Exekutive befürwortete die Abschaffung des Streiks und forderte, daß man lieber zu den klaren Tatsachen als zur Gewalt seine Zuflucht nehmen solle. Zu diesem Zweck sollten Forschungsinstitute eingerichtet werden, so daß die Arbeiterschaft ihren friedlichen Appell an die Unternehmer auf ihre Studien über die Höhe der Produktionskosten, des Nutzens usw. gründen könne. Jeder, der weiß, wie die Statistiken der Regierungen und der Unternehmerverbände aufgebaut sind, wird sofort erkennen, daß das Ergebnis

einer derartigen Politik darin besetzen wird, daß über die geringen Profite der Trusts der Billionäre gejammert und den Arbeitern statistisch bewiesen wird, daß höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen unmöglich sind. Die kapitalistische Presse des ganzen Landes begrüßte es freudig, daß nunmehr „die Vernunft“ an die Stelle der Gewalt treten solle. „New York Times“ schrieb, „die Arithmetik wird nunmehr an die Stelle des Streiks als Waffe der Arbeiterschaft treten.“

Frey erzählte dem Kongreß, daß 1 100 000 Arbeiter dauernd, 3 500 000 Arbeiter zeitweilig arbeitslos seien, als Resultat der Rationalisierung. Während der letzten 28 Jahre hätten sich die Reallöhne um 5 Prozent erhöht, während die Produktivität um 50 Prozent gestiegen sei. Sein Heilmittel war „der soziale Lohn“, der auf der Abhängigkeit der Arbeit von dem Wohlstand des Landes beruht. Der Gefahr vermehrter Arbeitslosigkeit infolge der Ueberproduktion müsse dadurch begegnet werden, daß die Unternehmer die Löhne erhöhten, so daß die Kaufkraft der beschäftigten Arbeiter sich vermehre und Arbeit für die Unbeschäftigten geschaffen werde. Diese Zauberformel war die einzige Lösung der Bürokratie für die furchtbaren Probleme, denen die Arbeiterschaft gegenübersteht und die drohen, die gesamte Arbeiterbewegung des Landes zu zerschmettern. Einer der alten Beihelfer der Verwaltungsmaschine, Andy Furuseth vom Seemannsverband, war trotz seiner „hartgesottenen“ Zufriedenheit so entsetzt über diese Reihe von Beschlüssen, daß er den Kongreß warnte, die Gewerkschaften seien im Begriff, zu unterirdischen Organisationen zu werden. Aber die Reaktionäre verfolgten lustig ihren Weg. Ihr Werkzeug im Arbeiter-Erziehungsinstitut rühmte sich, daß durch die Forschungsarbeit seines Instituts „die organisierte Arbeiterschaft zu einer Körperschaft geworden sei, deren Aufgabe es sei, Tatsachen herauszufinden und nicht Fehler aufzufinden.“ Eine weitere glänzende Idee wurde dem Kongreß im Bericht der Exekutive empfohlen: In jeder Stadt sollten die Gewerkschaften ein besonderes Komitee einrichten, dessen Aufgabe es sein sollte, die neu entstehenden Industrien zu beobachten . . . „die in beständiger Entwicklung begriffen sind, und es wäre wünschenswert, daß wir Beauftragte hätten, die ständig diese neuen Organisationsmöglichkeiten zu beobachten hätten“. Dies war die Antwort auf die Warnung der kapitalistischen statistischen Büros, daß die Zahl der industriellen Arbeiter in rascher Abnahme begriffen sei und daß als Ergebnis hiervon die Massenarbeitslosigkeit zu einer beständigen und wachsenden Erscheinung werde, wenn nicht neue Industrien wie die Autoindustrie, die Radioindustrie usw. sich entwickelten. Der Bericht spricht von dem Zunehmen solcher neuer „Massen“-Industrien, wie der der mechanischen Kühlapparate usw. Der Zweck dieses Hokusfokus ist, die Aufmerksamkeit der organisierten Arbeiterschaft von den fundamentalen Industriezweigen, wie Stahl, Oel, Textilindustrie, Autoindustrie usw., abziehen, wo fast die gesamte Arbeiterschaft unorganisiert ist. Wiederum appellierten die Bürokraten an die Unternehmer, statt an die Arbeiter. Sie baten sie, die AFofL-Gewerkschaften an die Stelle ihrer Betriebsgewerkschaften zu setzen, und führten aus, daß „es nichts gibt, das die Betriebsgewerkschaft einer einzelnen Gesellschaft tun könne, worauf nicht die Arbeitergewerkschaften ihren Apparat umstellen könnten und es noch

wirkungsvoller als jene zur Durchführung bringen könnten.“

Und dies trotz der Tatsache, daß der Bericht das Versagen der Berufsgewerkschaften und die Notwendigkeit ihrer Verschmelzung zu Industrieverbänden zwecks Organisierung der Hauptindustriezweige zugibt. Indessen wurden keinerlei praktische Schritte auch nur angeregt.

Die politische Haltung. Die politische Haltung der „Parteilosigkeit“, die darin besteht, innerhalb der kapitalistischen Parteien Freunde zu unterstützen und Gegnern entgegenzutreten, wurde aufs neue gutgeheißen. Der Delegierte der Buchdrucker, Max Hayes, brandmarkte diese Politik, die jedoch mit 9 gegen 4 Stimmen gutgeheißen wurde. Er erinnerte daran, daß beim „Kongreß der Republikanischen Partei“ Woll drei oder vier Tage im Vorraum gewartet habe, bis er nur angehört wurde, und daß ihm gesagt wurde, er möge machen, daß er weiterkomme. Der Jahresbericht über die Resultate dieser Politik brachte weniger als nichts. So hatte z. B. die AFofL empfohlen, daß in die Verfassung ein Amendement betr. die Kinderarbeit aufgenommen werde, jedoch tat sie dies so begeistert und wirksam, daß von 44 betroffenen Staaten nur ein einziger das Amendement in seine Gesetzgebungen aufnahm.

Der Kongreß beschloß, eine Kampagne zu führen zur Aufhebung der Antitrustgesetzgebung, die die Arbeiterschaft vor gesetzlicher Verfolgung schützen sollte usw. Gompers hatte bei der Einbringung dieses Gesetzes Hilfe geleistet, aber seit ihrer Annahme ist es immer nur gegen die Arbeiterschaft und niemals gegen das Kapital angewandt worden. „New York World“ schrieb, daß bei ihrem Kampf gegen die Antitrustgesetze die Arbeiterschaft „die passive Unterstützung dessen haben werde, was gemeinhin Wall Street genannt wird“. Dies will besagen, daß Wall Street und die AFofL an der Aufhebung der Antitrustgesetze arbeiten werden, aber daß diese Gesetzgebung nicht nur nicht widerrufen, sondern sogar ausgedehnt und verschärft werden würden. Es wurden Resolutionen angenommen, die verlangten, daß ein „Kampf“ gegen die Praxis der „gelben“ Kontrakte einsetze (individuelle Kontrakte, die die Mitgliedschaft bei einer Gewerkschaft verbieten).

Gewerkschaftlicher Militarismus. Ein weiterer Beweis dafür, daß die Politik des Amerikanischen Arbeiterbundes einfach darin besteht, zu dem gesamten Tun und Treiben der Staatsregierung Ja zu sagen, ergibt sich aus seiner Haltung und aus seiner Tätigkeit in bezug auf den Militarismus. Der Verbandstag des Metallarbeiter-Verbandes hatte in einer Resolution die angemessene Aufrechterhaltung von Armee und Flotte sowie ständige Stützpunkte für die Luft- und Seeflotte in San Diego verlangt. Man hatte dabei den Gedanken, daß man auf diese Weise die Arbeitslosigkeit im Metallgewerbe beheben könne. Während des Kongresses richtete Sarah Conboy, die Sekretärin der Textilindustriearbeiter, die Frage an die Delegierten, ob sie nicht ihren Einfluß bei der Regierung dahin gebrauchen könnten, daß diese mehr militärische Uniformen bestelle. Wiederum, um der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Walker, der Vorsitzende des Arbeiterbundes im Staate Illinois, beschwerte sich über die pazifistische Propaganda, und zum Schluß der Tagung führte Green Summerall, den Generalstabs-

chef der amerikanischen Armee ein, der einer der aktivsten militärischen Propagandisten des Landes ist. Im vergangenen Jahr war Green zum bürgerlichen Gehilfen des Kriegsministeriums ernannt worden, als Belohnung für seine Hilfeleistung bei der Taufe von Schlachtschiffen und bei der Zunahme der Einschreibungen für die freiwilligen Militärvorbereitungsanstalten. Summerall sprach über die Bereitschaft und die nationale Verteidigung und charakterisierte die Führer des AFofL als die besten Patrioten, die das Land kenne:

„Die Bestrebungen der AFofL sind dieselben, wie die der besten Industriellen. In der Tat, ich war oft überrascht über die völlige Uebereinstimmung der Empfindungen, wie sie Präsident Green zum Ausdruck brachte, mit denen der sogenannten Industriekapitäne.“

Schl u ß. Der letzte Kongreß zeigt deutlicher als irgendein früherer, wie sehr der Amerikanische Arbeiterbund für die Wall Street-Regierung arbeitet, indem er die Kampfkraft der lateinamerikanischen Arbeiterschaft unterminiert, und in wie vollem Maß er mit dem Imperialismus zusammenarbeitet, als Dank dafür, daß er weiterhin existieren darf. Dies ist die einfache Ausdehnung seiner inneren Politik auf das Gebiet der auswärtigen Politik. Er hilft den Amsterdamern, bei den europäischen Arbeitern dieselben Auffassungen über die Zusammenarbeit der Klassen (Amerikanisierung) einzuschmuggeln, die er in den amerikanischen Staaten mit so großem Erfolg propagierte. Wir brauchen nur noch einmal an seine Tätigkeit auf der Genfer Wirtschaftskonferenz zu erinnern.

Der „Daily Worker“ hat einen Artikel aus den „News“ von Salem (Massachusetts) vom 13. September 1927 zitiert, in dem die Spitzel- und Streikbrecherrolle der Regierung vollkommen enthüllt wird. Das Auftreten von Davis auf dem Kongreß hatte absolut den Charakter einer Einheitsfront zwischen den offiziellen Führern der Arbeiterschaft und der Regierung:

„Das Arbeitsministerium der Vereinigten Staaten hat eine Zeitlang die konservativen Elemente der amerikanischen Arbeiterschaft bei ihrem Versuch, ihre Reihen vom Kommunismus zu säubern, unterstützt Es besteht enge Zusammenarbeit zwischen dem Ausgleichsdienst des Arbeitsministeriums und dem Einwanderungsamt bei der Behandlung dieser Frage.“ (Die Ausrottung der Kommunisten und die Fernhaltung aller ausländischen Arbeiter).

Dieser halboffizielle Artikel stellt fest, daß das Arbeitsministerium „die Sozialisten jederzeit gegen die Roten unterstützen wird.“ Indem sich die Führer des amerikanischen Arbeiterbundes als die Arbeiterabteilung des amerikanischen Imperialismus betätigen, zeigen sie eine feste Einheitsfront zwischen Sozialisten, Arbeiterbetrügnern, dem Geldsack und seiner Regierung auf.

Wie vollständig der linke Flügel von diesem Kongreß verbannt war, geht auch aus der Tatsache hervor, daß zum ersten Mal seit acht Jahren keine Resolution für die Anerkennung der USSR eingebracht wurde. So vollkommen hat Green durchgeführt, wessen er sich vor der Eröffnung des Kongresses der kapitalistischen Presse gegenüber gerühmt hat, daß „alle Bolschewiken ausgeschlossen sind . . . und keine kommunistische Resolution zugelassen werden wird“.

DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI DER TSCHECHOSLOWAKEI UND DIE GEMEINDE- WAHLEN

Bei den diesjährigen Gemeindewahlen in der Tschechoslowakei wurde von allen Gegnern ein Rückgang der Kommunistischen Partei nicht nur erstrebt, sondern auch erwartet. Diese Erwartungen gründeten sich auf zwei Tatsachen: Erstens auf die Erfolge der Stabilisierungspolitik und zweitens auf den Uebergang der tschechischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten in die Opposition, von welcher Aenderung der taktischen Stellung der Sozialpatrioten man das Ergebnis erwartete, daß die von den Stabilisierungsmaßnahmen schwer getroffenen und daher unzufriedenen Arbeiter und Kleinbürger, die bisher mit den bürgerlichen Parteien gingen, zu den Sozialpatrioten und nicht zu den Kommunisten abschwenken, und daß viele Arbeiterwähler, die 1923 (letzte Gemeindewahlen) und 1925 (Wahlen zur Nationalversammlung) kommunistisch wählten, wieder zu den jetzt oppositionellen Sozialdemokraten zurückkehren werden. Diese Erwartung war nicht unberechtigt, und eine gewisse Konsolidierung der reformistischen Parteien als Folge des Austretens aus der Regierung, auch auf Kosten der Kommunisten, wurde auch von kommunistischer Seite nicht bestritten (siehe Artikel von Kreibich: „Die Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei in der Opposition, Nr. 33 dieser Zeitschrift). Der Ausgang der Wahlen hat aber gezeigt, daß unsere Gegner sich vergebens große Hoffnungen gemacht haben. Die Wahlen brachten keinen Rückgang, sondern ein Steigen der kommunistischen Stimmen, wenn auch dieses Steigen an vielen Orten, besonders in Prag nur ein absolutes ist, während relativ die Zahl der kommunistischen Stimmen gegenüber 1923 und 1925 zurückgegangen ist. Zieht man aber den Wegfall der Stimmen der Soldaten, denen das Wahlrecht genommen wurde, und die unerhörte Verleumdungskampagne der trotzkistischen Renegaten in Betracht, die von der menschewistischen Presse gründlich ausgenützt wurde und auf einen Teil der mit uns Sympathisierenden sicher Eindruck gemacht hat, so kann von einem schönen Erfolg der Partei gesprochen werden, um so mehr als dieselbe gerade in Prag im Jahre 1925 gegenüber 1923 einen absoluten Rückgang an Stimmen zu verzeichnen hatte. Aus verschiedenen Berichten und auch aus dem Ton, den unsere Presse nach der Wahl angeschlagen hat, geht hervor, daß dieser Erfolg nicht nur den Gegnern, sondern auch unseren Genossen selbst überraschend gekommen ist und sie höchstens mit einer Behauptung der Positionen der Partei gerechnet haben. Eine solche pessimistische Beurteilung der Wahlaussichten bedeutet auch eine Ueberschätzung der Stabilisierung und ist also nicht nur deshalb ein Fehler, weil Pessimismus auch auf die Führung des Wahlkampfes abfärben und dadurch sein Resultat beeinträchtigen kann.

Nach den Wahlen wurden in unserer tschechoslowakischen Parteipresse die Verschiebungen in der Wählerschaft noch nicht in erschöpfendem Maße

analysiert. Es genügt nicht, nur im allgemeinen zu sagen, daß eine Linksverschiebung eingesetzt hat, indem kleinbürgerliche Schichten von den bürgerlichen Parteien zu den Reformisten gegangen und Proletarier von den Reformisten zu uns gekommen sind. Soweit die Kleinbürger in Betracht kommen, würde eine solche Verrechnung der Linksverschiebung dieser Schichten ausschließlich zugunsten der Reformisten das Eingeständnis bedeuten, daß z. B. die gesamte Arbeit der Partei unter der Bauernschaft ohne Erfolg geblieben sei. Das ist aber gewiß nicht anzunehmen, denn gerade in der letzten Zeit hat die tschechoslowakische Sektion der Komintern im Zusammenhang mit der sogenannten Steuer- und Verwaltungsreform und mit dem Streit zwischen den Zuckerfabriken und den Rübenbauern besonders im tschechischen Gebiete eine ziemliche Aktivität entwickelt, die sicher gewisse Früchte getragen haben muß. Ferner ist bei einer solchen Erwägung die Frage politischer Veränderungen in jenem Teil der Arbeiterschaft, der zu dem Wählerkreis der bürgerlichen Parteien gehört, vollständig außer acht gelassen. Die reaktionäre, extrem arbeiterfeindliche Politik der bürgerlichen Regierungskoalition hat ihnen gewiß viele Arbeiterstimmen abspenstig gemacht, was auch im Stimmenrückgang der Klerikalen, die von allen bürgerlichen Parteien sicher die meisten Arbeiterwähler haben, zum Ausdruck kommt. Diese Frage müßte untersucht werden, obwohl im voraus fest steht, daß diese Arbeiterwähler zu den Reformisten näher haben als zu den Kommunisten.

Daß unser Stimmenzuwachs in erster Linie auf Kosten der proletarischen Wählerschaft der Reformisten geht, steht ganz außer Zweifel. Die Stabilisierungspolitik auf Kosten besonders der Arbeiterklasse hat die linke Stimmung innerhalb derselben verschärft und uns auf diese Weise auch viele Arbeiterwähler der Reformisten zugeführt, deren verräterische Haltung, die in der Ablehnung jedes ernstesten Kampfes und vor allem der Einheitsfront zum Ausdruck kommt, von den klassenbewußten proletarischen Anhängern in der kurzen Zeit seit dem Austritt aus der Regierung bereits durchschaut wurde. Aber die Verschiebungen in den Stimmungen der Arbeiterschaft sind nicht so einfach. Und hier müßte untersucht werden, ob nicht auch die Kommunistische Partei kleinbürgerliche und Arbeiterstimmen an die Reformisten abgegeben hat. Da die Reformisten bis zum Frühjahr 1926 immer in der Regierung waren, sind viele Arbeiter, besonders im tschechischen Gebiet, nur deshalb mit den Kommunisten gegangen, weil sie von der Koalitionspolitik der Reformisten angeekelt waren. In den Augen dieser kommunistischen Arbeiterwähler haben die Reformisten durch ihren Austritt aus der Regierung an Ansehen gewonnen, und diese Arbeiterwähler sind in ihrer alten Illusion, daß eine bloße Opposition der Arbeiterparteien genüge, bestärkt worden. Diese im Grunde zentristisch gestimmten kommunistischen Arbeiterwähler haben an den Wahlerfolg der Partei von 1925 und an den Einzug von 41 kommunistischen Abgeordneten ins Parlament gewiß große Erwartungen rein parlamentarischer Natur geknüpft. Es gab unter den kommunistischen Wählern von 1927 gewiß auch viele, die an die Möglichkeit eines Eintritts der Kommunisten in die Regierung glaubten, und die Partei sah sich ja gerade deshalb, weil solche Ueberbleibsel zentristischer Illusionen trotz der Abspaltung der Bubnikisten in der Anhängerschaft der Partei verblieben waren, genötigt, nach den Wahlen eine ganze Versamm-

lungskampagne über die Frage des von den Sozialdemokraten der Partei angebotenen Eintritts in die Regierung zu veranstalten.

Ist auch die Erörterung aller dieser Fragen seitens der Partei bisher unterblieben, so hat die Partei doch aus dem Wahlergebnis bereits die richtigen, allgemeinen politischen Schlußfolgerungen gezogen. Schon zwei Tage nach den Wahlen schrieb das Zentralorgan der Partei „Rudé Právo“ ganz richtig, daß die Wahlen vor allem gezeigt haben, daß die Mehrheit der Bevölkerung (genauer gesagt: die arbeitende Klasse) bereit ist, gegen die Bourgeoisie zu kämpfen. Diese richtige Bemerkung wird aber dadurch völlig aufgehoben, daß das „R. P.“ in demselben Artikel das Abschwenken der kleinbürgerlichen Wähler von den bürgerlichen Parteien zu den Reformisten mit der folgenden mehr als sonderbaren Bemerkung begleitet:

„Bei den kleinbürgerlichen Massen ist kein anderer Weg zum vollblütigen Sozialismus, d. h. Kommunismus, möglich. Die kleinbürgerlichen Elemente sind ein unstetes, fluktuierendes Element. Aber es liegt gerade an den reformistischen Parteien, diese Massen fest anzufügen an die Arbeiterklasse, aus ihnen Verbündete des Sozialismus zu machen, die sie sein wollen, und sie nicht zur Bourgeoisie zurückzutreiben, wo sie bisher waren.“

Das ist für das Zentralorgan einer kommunistischen Partei denn doch eine ungewöhnliche Entgleisung. Natürlich ist es falsch zu behaupten, die kleinbürgerlichen Massen könnten überhaupt nicht direkt, sondern nur auf dem Umwege über die Reformisten für den Kommunismus gewonnen werden. Das wäre ja das Eingeständnis des Bankrottes unserer Arbeit unter dem Kleinbauerntum. Noch unbegreiflicher ist es, wenn ein kommunistisches Blatt behauptet, daß in der Sozialdemokratie eine Möglichkeit bestände, die kleinbürgerlichen Elemente sozialistisch zu machen. Das ist eine vollkommene Verkennung der heutigen Rolle der sozialdemokratischen Parteien. Die Aufgabe der sozialdemokratischen Parteien besteht heute darin, zu verhindern, daß das Proletariat zum revolutionären Marxismus komme, d. h. also, das Proletariat geistig kleinbürgerlich zu machen, weil nur so die Sozialdemokratie ihre Aufgabe als linker Flügel der Bourgeoisie erfüllen kann. Wie kann also dieselbe Partei, deren Aufgabe darin besteht, zu verhindern, daß die Proletarier Sozialisten werden, irgendwie geeignet sein, die Kleinbürger auf den Weg zum Sozialismus zu führen? Der Zweck unserer Einheitsfronttaktik ist doch gerade, den sozialdemokratischen Parteien das Ziel der kleinbürgerlichen Versumpfung des Proletariats zu durchkreuzen, und die wirkliche revolutionäre Einheitsfront kann doch erst an dem Tage zustande kommen, an dem die sozialdemokratischen Führer den Einfluß auf die Massen vollständig verloren haben, was natürlich auch das Ende der sozialdemokratischen Parteien bedeutet. Das Zentralorgan der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei scheint aber die reformistischen Führer für ganz andere Leute zu halten. Denn im Anschluß an die eben zitierten Sätze heißt es in dem Artikel des „Rudé Právo“ weiter:

„Das ist eine Pflicht, welche die sogenannten sozialistischen Parteien, die Sozialdemokraten und tschechischen Sozialisten, auf sich genommen haben. Das ist eine bindende Pflicht. Die Kommunistische Partei wird ihnen zur Erfüllung dieser Pflicht ihre hilfsbereite Hand darreichen.“

Das sieht ja beinahe so aus, wie wenn wir in den Führern der reformistischen Parteien irrende Schafe erblickten, die den guten Willen haben,

den richtigen Weg zum Sozialismus zu gehen, ihn aber nicht allein zu finden vermögen, weshalb wir ihnen die „hilfreiche Hand“ reichen müssen. Die reformistischen Parteien wollen aber gar nicht den Weg des Sozialismus gehen, sie wollen von einer solchen Verpflichtung nichts wissen und aus ihren Anhängern können wir nur gegen den Willen dieser Parteien, im Kampfe gegen sie „Verbündete des Sozialismus“ machen. Und die Einheitsfronttaktik ist eine Form dieses Kampfes. Es muß unbedingt dagegen Verwahrung eingelegt werden, daß das Zentralorgan einer Sektion der Komintern gerade in der Zeit der schärfsten Kämpfe um die Einheitsfront dieselbe auf eine so unleninistische, sentimental-kleinbürgerliche Art und Weise auslegt.

Das Zentralkomitee der KPTsch hat in seinem Aufruf nach den Wahlen die richtige Konsequenz aus ihrem Ausfall gezogen, indem es den in den Wahlen zum Ausdruck gebrachten Kampfwillen der arbeitenden Massen feststellte und zum Kampfe gegen die Kapitalisten und ihre bürgerliche Koalitionsregierung aufforderte. Die Reformisten, die mit antikapitalistischen Losungen und mit Kampfansagen an die Regierung in den Wahlkampf gingen, haben ihre verräterische Rolle bereits aufgedeckt. In ihrer Presse ist von einer Verschärfung des Kampfes gegen die bürgerliche Koalitionsregierung keine Rede mehr, kein Wort sagen sie, daß sie Neuwahlen erzwingen und die Regierung zu Falle bringen wollen. Also nicht nur zum Kampfe für den „vollblütigen Sozialismus“, sondern sogar zum Kampfe gegen die bürgerliche Koalitionsregierung können die Kommunisten die Anhänger der reformistischen Parteien nur gegen den Willen ihrer Parteien bringen. Das zeigt, daß unsere tschechoslowakische Sektion den Vorteil, den ihr der Ausfall der Gemeindewahlen gebracht hat, nur dann wird ausnützen können, wenn sie die Einheitsfronttaktik im kommunistischen Sinne durchführt. Der Aufruf des Zentralkomitees zeigt, daß die Führung der Partei sich dessen voll bewußt ist. Aber eine richtige Linie, eine richtige Politik muß auch bis in die letzte Parteiorganisation hinunter wirklich durchgeführt werden.

Die wichtigste Schwäche und Unzulänglichkeit vieler kommunistischen Parteien und auch der KPTsch besteht ja gerade darin, daß sie es noch nicht verstehen, ideologisch, politisch und organisatorisch die richtige Linie auch bis ins Detail durchzuführen, die ganze Partei mit der richtigen leninistischen Politik auch zu durchdringen. Die Mißerfolge der Partei bei den Gemeindewahlen in der Slowakei sind, von der organisatorischen Schwäche dieser Gebiete abgesehen, gewiß auch auf die unzulängliche Durchführung der richtigen Linie der Partei in der nationalen Frage zurückzuführen. Wie soll das aber bis zum letzten Provinzblättchen, bis zur letzten Parteizelle erreicht werden, wenn in der Redaktion des Zentralorgans der Partei heute noch so unbegreiflich falsche Ansichten über eine der wichtigsten Fragen, über die Rolle der sozialdemokratischen Parteien und die Einheitsfront, herumspuken? Wir erinnern auch an die von uns kritisierte Entgleisung des „Rudé Právo“ in der nationalen Frage. (Siehe Nr. 40; Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei.) Hier tut baldige Bolschewisierung not.

DIE NORWEGISCHEN GEWERKSCHAFTEN GEHEN NICHT NACH AMSTERDAM

Die Mehrheit des norwegischen Gewerkschaftssekretariats hat ihren Antrag auf Eintritt in die Amsterdamer Internationale zurückgezogen. Im „Arbeiderblad“ vom 29. Oktober erschien folgende Mitteilung:

„Auf mehrseitige Aufforderung hin hat das Sekretariat die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorschlages in der Frage der internationalen gewerkschaftlichen Verbindung erwogen. In der gestrigen Sitzung wurde die Sache behandelt, doch es erwies sich als unmöglich, Volan und Moerk zur Zurückziehung ihres Vorschlages zu bewegen. Die Mehrheit des Sekretariats beschloß indes folgendes:

Die Mehrheit des Sekretariats hat in ihrem Antrag die Frage der internationalen Verbindungen der Landesorganisation ausschließlich als gewerkschaftliche Frage behandelt, und zwar auf Grundlage des Beschlusses des Ausschusses, daß der Zustand, daß die norwegische Landesorganisation keine internationalen Verbindungen hat, unhaltbar sei. Gleichzeitig beantragte sie, daß die Sache von den Organisationsinstanzen behandelt werden sollte, die innerhalb der Gewerkschaftsbewegung bestehen.

Als die Mehrheit des Sekretariats vorschlug, daß die Landesorganisation dem IGB beitreten sollte, geschah dies, weil der Kongreßbeschuß von 1925 über organisatorischen Anschluß an das Anglo-Russische Komitee nicht wiederholt werden kann, da dieses Komitee aufgelöst ist und nicht mehr existiert; daß andererseits der Anschluß an die RGI früher schon in Urabstimmung abgelehnt worden ist.

Indessen ist die Frage von ihrem natürlichen Gebiet weggeschoben und zu einer wesentlich politischen Frage gemacht worden. Die Grundlage zu einer sachlichen Behandlung der Frage als gewerkschaftliche Angelegenheit ging verloren. Die Frage wurde zum politischen Streitobjekt innerhalb der Gewerkschaften, zu einem Streit, der die Einheit innerhalb der Gewerkschaftsorganisationen und die Loyalität gegenüber der politischen Klassensammlung hierzulande in Gefahr bringt.

Der übrigen großen Kongreßtagesordnung wird nicht die gehörige Aufmerksamkeit gewidmet, Gewerkschaften, die im gegenwärtigen Zeitpunkt die Möglichkeit hätten, ihre Mitgliederzahl zu steigern und ihre Stellung zu befestigen, versäumen dies und schrecken durch den inneren Kampf die Unorganisierten vom Eintritt ab. Die guten Beziehungen und die Zusammenarbeit mit anderen Landeszentralen, von denen alle behaupten, daß sie sie fördern wollen, werden durch den Streit, der um die internationalen gewerkschaftlichen Verbindungen entfacht wurde, in hohem Grade geschädigt.

Die Mehrheit des Sekretariats will hierzu nicht beitragen und beschloß darum:

1. Der Antrag der Sekretariatsmehrheit über die internationalen Verbindungen wird zurückgezogen. Die Landesorganisation bleibt, wie bisher, außerhalb der kämpfenden Internationalen.

2. Der Kongreß setzt ein Komitee ein, das einen gemeinsamen Vorschlag über die skandinavische Zusammenarbeit und die Arbeit für die internationale Gewerkschaftseinheit ausarbeitet.“

Bekanntlich war die Lage vor diesem Beschuß die folgende: dem Antrag auf Eintritt in die Amsterdamer Internationale stand ein kommunistischer Antrag (Volan und ASS) auf Bildung eines Norwegisch-Finnisch-Russischen Einheits-Komitees gegenüber. Diesen Anträgen fügte Moerk, Vorsitzender des Gewerkschaftskartells von Oslo einen dritten hinzu, der verlangte: Selbständigkeit der norwegischen Gewerkschaftsorganisation und Arbeit für die internationale Gewerkschaftseinheit, Errichtung von Gegenseitigkeits-

verträgen der russischen und skandinavischen Verbände und den Bündnen. Der Antrag Moerks entspricht dem Standpunkt Tranmaels.

Die Mehrheit der alten NAP-Gewerkschafter geht heute mit den früheren Sozialdemokraten zusammen und steht in Konflikt mit der Tranmael-Fraktion, den früheren NAP-Politikern. Die Sekretariatsmehrheit unter Führung von H. Olsen hat jetzt bei Gelegenheit der Frage des Eintritts in den IGB einen Kampf gegen Tranmael geführt. Das Sekretariat versuchte die Tatsache, daß Moerk seinen Vorschlag dem Lokalverband direkt zugeschickt hatte, als Disziplinbruch zu behandeln. Es beschuldigte Tranmael, wie aus den letzten Worten von Absatz 4 der oben zitierten Erklärung hervorgeht, ziemlich offen, wieder auf die Spaltung der vereinigten Arbeiterpartei hinzuarbeiten.

Es hat ihnen nichts genützt. Nicht eine einzige größere gewerkschaftliche Organisation, die zu der Frage der internationalen Verbindung Stellung nahm, hat sich für den Eintritt in den IGB erklärt. Tranmael-Leute und Kommunisten zusammen erwiesen sich überall in überwiegender Mehrheit. Die Sekretariatsmehrheit erwartete im Falle der Aufrechterhaltung ihres Antrages auf dem Kongreß eine vernichtende Niederlage. Schon einmal, auf dem Kongreß im Jahre 1925, hat das Sekretariat versucht, den Eintritt in den IGB durchzusetzen und mußte vor der geschlossenen Opposition der Mitgliedschaft zurückweichen. Wir haben bereits in einem Bericht zu dieser Frage darauf hingewiesen, daß auch diesmal das Auftreten Tranmaels gegen die Gewerkschaftsbürokratie ihre Niederlage voraussichtlich entscheiden wird. Die Verhältnisse in Norwegen sind diesbezüglich vollständig verschieden von denen irgendeines anderen Landes des kapitalistischen Europa. Die Bürokratie verfügt über so gut wie gar keine Machtmittel, um ihren Willen der Mitgliedschaft aufzudrängen. Die breiten Massen sind erbittert gegen Amsterdam und also ist der Anschluß undurchführbar.

Es ist selbstverständlich, daß die Kommunisten an ihrem Antrag auch nach Zurückziehung des Antrages der Sekretariatsmehrheit festhalten. Aber auch Moerk hat sofort erklärt („Arbeiderbladet“, 29. 10.), daß er an seinem Antrag (der ja in der Frage der verbandswesisen Gegenseitigkeitsverträge über den neuen Sekretariatsantrag hinausgeht) festhält. Nach wie vor stehen also drei Anträge einander gegenüber: der der Sekretariatsmehrheit für internationale Unabhängigkeit und Vereinbarung einer Verständigungslinie aller Richtungen in Norwegen für die Vereinbarung einer gemeinsamen Resolution über die Gewerkschaftseinheit. Der der Tranmael-Gruppe für Arbeit für Internationale Einheitsbestrebungen und für Errichtung von verbandswesisen Gegenseitigkeitsverträgen. Der der Kommunisten für ein russisch-finnisch-norwegisches Einheitskomitee.

Nach dem bisherigen Verlauf der Abstimmungen dürfte eine sehr große Mehrheit für Moerks Vorschlag bestehen. Von bedeutenderen gewerkschaftlichen Organisationen hat sich bisher keine einzige für die Sekretariatsmehrheit ausgesprochen, für die Kommunisten fast alle Organisationen in Bergen, etwa die Hälfte in Trondhjen und einige kleinere Kartelle.

M. SPEKTATOR:

DER ENGLISCHE IMPERIALISMUS IN CHINA*
 DER ENGLISCHE IMPERIALISMUS IN OST-AFRIKA**
 DER ENGLISCHE IMPERIALISMUS AUF DER
 MALAIISCHEN HALBINSEL***

Wer sich ein lebendiges und konkretes Bild vom englischen Imperialismus machen will, der lese die oben genannten Broschüren, die die Politik Englands in seinen beiden Kolonien und in dem dritten, halbkolonialen Land, in China, charakterisieren.

Diese Broschüren sind vom Forschungsbüro der englischen Arbeiterpartei herausgegeben. Sie sind sehr lebhaft geschrieben und schildern bildlich die Methoden des räuberischen englischen Kapitalismus, der bekanntlich sich bis heute aller Methoden der Kolonisationspolitik, die der Handelskapitalismus gebraucht, bedient.

Die Broschüre über China ist verhältnismäßig weniger interessant. Obwohl sie viel wertvolles Material enthält, besonders betreffs der Rolle des englischen Kapitals bei der Ausbeutung Chinas, ist das Interesse daran geringer, da diese Frage in der letzten Zeit schon mehrmals in der russischen Literatur erörtert wurde. Dagegen ist die Arbeit über den Imperialismus im Malaiischen Archipel aus dem Grunde besonders interessant, weil im Malaiischen Archipel sich jetzt der „Kautschuk-Krieg“ zwischen England und Amerika entwickelt. Bis jetzt wurden bei der Schilderung dieser Frage nur die Monopolpreise auf Kautschuk und die Verluste der amerikanischen Automobil- und Gummiindustrie erwähnt. Die oben genannte Broschüre faßt aber die Frage von einer anderen Seite an — sie spricht über die außerordentliche Ausbeutung der durch versklavende Kontrakte gebundenen Arbeiter. Stivens' System, das den großen Handelsgesellschaften riesige Gewinne brachte, ruinierte gleichzeitig die kleinen eingeborenen Pflanze, denen „die einzige Waffe im Kampf um ihre Existenz — die Steigerung der Ausbeute bis zum Maximum“ entrisen wurde. Gleichzeitig hatte dieses System einen Abbau der beschäftigten Arbeiter auf 34 Prozent, also insgesamt von 100 000 Menschen, zur Folge gehabt. Und der Arbeitslohn wurde trotz der ungemeinen Preissteigerung nicht erhöht.

Am interessantesten scheint uns die Arbeit über Ost-Afrika. Hier wird ein ausgezeichnetes, einfach klassisches Bild der Kolonialpolitik Englands gegeben. Beim Lesen scheint es manchmal, als ob man Seiten aus dem Kapitel des „Kapital“ vor sich habe, die die „moderne Kolonisationstheorie“ charakterisieren.

„Anders in den Kolonien — so schreibt Marx. Das kapitalistische Regiment stößt dort überall auf das Hindernis des Produzenten, welcher als Besitzer seiner eigenen Arbeitsbedingungen sich selbst durch seine Arbeit bereichert, statt den Kapitalisten. Der Widerspruch dieser zwei einander gerade entgegengesetzten ökonomischen Systeme betätigt sich hier praktisch in ihrem Kampf. Wo der Kapitalist die Macht des Mutterlandes im Rücken hat, sucht er die auf eigener Arbeit beruhende Produktions- und Aneignungsweise gewaltsam aus dem Wege zu räumen.“

Ferner sagt Marx, daß der Besitz von Grund und Boden die Eingeborenen selbständig macht, und daß ihnen deswegen dieser Besitz verweigert wird und sie mit ungemein großen Steuern belastet werden. Genau dieses Programm wird jetzt von England in Ost-Afrika durchgeführt.

„Der erste Schritt der englischen Kolonisatoren — lesen wir in der genannten Broschüre —, der die Entwicklung des Handels, der Industrie und die Besserung des administrativen Systems im Lande fördern sollte, bestand darin, daß der Grund und Boden bei allen Eingeborenen ohne jede Geldentschädigung beschlagnahmt wurde.“

Und ferner:

„Zur Politik der englischen Regierung in Ost-Afrika können wir zusammenfassend sagen, daß sie auf der Ausbeutung der Eingeborenen und auf der Annektion des Grund

* Verlag „Moskauer Arbeiter“, Moskau 1927, 64 Seiten. ** Ebenda, 78 Seiten.

*** Ebenda, 79 Seiten.

und Bodens zugunsten der englischen Aktiengesellschaften und der einzelnen Kolonial-Engländer beruht. Die afrikanischen Völker dürfen einen Teil des Bodens besitzen, der beste Grund und Boden ist aber unter die Europäer verteilt, und die den Eingeborenen überlassene Bodenfläche wird mit jedem Jahr kleiner. Als Folge davon hat sich in Ost-Afrika folgender Zustand entwickelt: während die Bevölkerungsdichte durchschnittlich 12 Personen pro Quadratkilometer beträgt und hunderte Quadratkilometer brauchbaren Bodens unbearbeitet liegen bleiben, ist die Bevölkerungszahl in einigen, den Einheimischen überlassenen Bezirken so hoch, daß der Boden sie nicht mehr ernähren kann.“ (Seite 22—23.)

„Die Europäer haben sich der Grundstücke bemächtigt, aber man wußte noch nicht, woher die Arbeitskraft nehmen, um sie zu bearbeiten.“

Diese Aufgabe wurde durch das Steuer- und Paßsystem gelöst. Bei einem Jahreseinkommen der einheimischen Baumwollpflanzer von durchschnittlich 6 bis 7 Pfund Sterling verschlingen die Steuern an das Reich 15 Schilling, die Abgaben an den Grundherren 10 Schilling und die Abgaben an die einheimische Regierung 10 Schilling — also im ganzen etwa 25 Prozent seines Einkommens! Das geschieht mit der Absicht, die Einheimischen zur Lohnarbeit zu zwingen. Der Gouverneur Kenley hat offen erklärt, die Regierung halte die Steuern für das einzig brauchbare Mittel, um die Eingeborenen zu zwingen, ihre Felder zu verlassen und sich auf die Arbeitssuche zu begeben. (Seite 27.)

„Aber auch das schien den europäischen Unternehmern nicht genügend. Es hat sich herausgestellt, daß die Eingeborenen, sobald sie die für die Bezahlung der Steuer nötige Summe verdienen, die Arbeit verlassen und heimziehen wollen. Manchmal wurden die Steuern von ihren Verwandten nach dem Verkauf der Ernte ausbezahlt, oder irgendein Freund schickte das Geld aus einer anderen Gegend: das Resultat war stets dasselbe: die Arbeiter gingen sofort zu ihren Wohnorten zurück. Daher erließen die Regierungen der verschiedenen Gebiete eine Reihe von Gesetzen, die die Beziehungen zwischen den Arbeitgebern und den Lohnarbeitern regelten, die Einzelheiten des Arbeitskontraktes festlegten und für das Verlassen der Arbeit vor der Frist eine Strafe festsetzten. Wird der Kontrakt für eine länger als einen Monat dauernde Frist geschlossen, dann wird er in Anwesenheit eines Regierungsbeamten des betreffenden Bezirkes unterzeichnet, worauf er in Kraft tritt und für den Arbeitgeber wie für den Lohnarbeiter obligatorisch wird.“ (Seite 27.)

Der versklavende Charakter dieser Verträge ist ganz offensichtlich, besonders wenn man erwägt, daß eine Registrierung der Eingeborenen, die ihre Flucht verhindern sollte, eingeführt wurde.

Aber auch das schien ungenügend: man griff zu direkten Zwangsmaßnahmen, die mit Hilfe der Stammesältesten und Stammführer durchgeführt wurden. Die Zwangsarbeit wird auch tatsächlich nicht nur für öffentliche Bauarbeiten, sondern auch für private Lieferungsarbeiten angewendet. Noch am 14. Januar 1925 genehmigte der Kolonialminister Amery eine Zwangsgestellung der Eingeborenen . . . „nicht über 4000 Arbeiter für jeden einzelnen Fall“. . . So ist die Sklaverei in dem britischen Reich aufgehoben! Als Rechtfertigung der Sklaverei dient das Wort, daß „die Karasche es liebt, in Sahne gebraten zu werden“; die Arbeiter haben ja gern, daß sie in Massen arbeiten, daher ist es notwendig — sie zu versklaven!

„In dieser Art“, so schließt die Broschüre, „ist die Kette geschlossen. Alle ihre Glieder sind am richtigen Platz! Zuerst raubt man den afrikanischen Eingeborenen ihren Grund und Boden, d. h. ihre einzige Existenzquelle, und mit Steuern, die sie nicht bezahlen können, zwingt man sie zum Abschluß eines Kontraktes mit dem Unternehmer-europäer, man zwingt sie, ‚freidienende‘ Arbeiter zu werden. Läßt sich der Eingeborene trotz allem auf die Schließung eines solchen Kontraktes nicht ein, dann kann man ihn zu Zwangsarbeiten holen und ihm weniger zahlen als dem Freiwilligen. Will er seinen Kontrakt nicht erfüllen, dann wird er verfolgt, mit Hilfe des Registrierungssystems aufgefunden und in ein Konzentrationslager verschickt, wo er ganz umsonst arbeiten muß.“ (Seite 34.)

Was sind die Resultate aller dieser Maßnahmen? Für die Arbeiterklasse in den Kolonien kam es zu folgenden Resultaten: Verbreitung der Tuberkulose, der Syphilis und anderer Krankheiten; Herabsetzung des Arbeitslohnes bis zum denkbaren Minimum — bis 10 Schilling im Monat — und Verminderung der Bevölkerungszahl. Ist es notwendig, hinzuzufügen, daß die Handelsgesellschaften sich durch die Ausbeutung der Eingeborenen

ungemein bereichern, daß sie riesige Gewinne einstecken? Die Unkosten für die Bebauung des Grund und Bodens betragen nur 10 Prozent, während sie in England bis 30 Prozent des Verkaufspreises der Produkte ausmachen. Und wem gehören die Aktien dieser Gesellschaften? Dem größten chemischen Trust Englands, Brenner Mond, Rothschild und hauptsächlich den Mitgliedern der Regierung, dem ehemaligen Außenminister Grey und anderen prominenten Regierungsfunktionären.

„Wir sehen — lesen wir in der Broschüre — wie Frederick Lugard, der seine Karriere als Kommandeur der freiwilligen Kriegsdetachements und Führer der Strafexpeditionen begann, die seitens der privaten afrikanischen Handelskompanien ausgeführt wurden, später große administrative Posten in den Kolonien bekleidet, um hinterher seine Handelstätigkeit in Gestalt eines Direktors zahlreicher kolonialer Bank- und Plantagenunternehmungen wieder aufzunehmen. Viscount Grey, Mitglied einer Regierung, die für den Weltkrieg verantwortlich ist, ist jetzt der größte Aktienbesitzer in der Aktiengesellschaft für die Tanganyikakonzessionen, die ihrerseits mit dem Belgischen Bergindustrie-Bund, einer Gesellschaft, die im belgischen Kongo arbeitet, eng verbunden ist. Dabei wollen wir den Leser daran erinnern, daß die Teilung der Deutsch-Ost-Afrika-Kolonie zwischen England und Belgien auch zu den Ergebnissen des Krieges gehört hatte. Arthur Griffith-Boscawen, der 1921—1923 Mitglied der Regierung war, ist Direktor der Gesellschaft Rhodesia Broken Hill.

Die nicht offiziellen Agenten Englands, die Missionäre, die dem neuen Proletariat die Folgsamkeit gegenüber der englischen herrschenden Klasse und die Disziplin in der Arbeit für die Weißen beibringen müssen, sind ebenfalls an der Ausbeutung der Kolonien geschäftlich interessiert. Eine der blühendsten Plantagensellschaften, die Uganda-Aktiengesellschaft, zählt zu ihren Aktionären die Assoziation der Missionare der englischen Kirche und einen ganzen Haufen Geistliche.

Jedes Stadium in der Entwicklung der Kolonialpolitik in Ost-Afrika, beginnend mit dem ursprünglichen Eindringen von Missionaren und Handelsgesellschaften, und mit dem Augenblick endend, wo das Finanzkapital die Kolonien völlig für seine Interessen ausgenützt haben wird, bezeugt durch die Form der Regierung, welche Interessen vorherrschend waren. In der Periode, wo die Handelsgesellschaften die Kolonien verwalteten, traten die Handelsbeziehungen in den Vordergrund. Nachdem die weißen Kolonisten sich in Afrika niederließen und kapitalistische Gesellschaften zwecks Ausbeutung der einheimischen Arbeiter organisiert wurden, verstärkten sich die örtlichen Behörden und es entstanden gesetzgebende Räte, die von den örtlichen Kapitalisten gebildet wurden. Im Anschluß an die Entwicklung der Macht des Finanzkapitals verlieren aber die Kolonialkapitalisten ihre führende Rolle und die Leitung geht in die Hände der Reichsregierung über, die mit Rücksicht auf die Interessen der englischen Banken und der Großindustriellen ihre eigene Linie durchführt.“ (Seite 70.)

Diese Worte charakterisieren richtig alle Etappen der englischen Kolonialpolitik.

Am wertvollsten ist in den erwähnten Broschüren ihr Hinweis auf die Gemeinschaft der Interessen der englischen und der einheimischen Arbeiter, und zweitens, auf das Bündnis zwischen den Arbeiter- und Bauernmassen in diesen Kolonien. Die Exploitation der billigen Arbeitskraft in den Kolonien hat die Stilllegung verschiedener Industriezweige in England zur Folge (so ist z. B. die Ausbeute von Zinn fast ganz stillgelegt).

Warum kümmern sich aber die englischen Gewerkschaften nicht um die Organisation der Arbeiter in den Kolonien? Die Notwendigkeit eines engen Bundes zwischen den Arbeitern und Bauern ist von dem Forschungsbüro der Arbeiterpartei anerkannt. Im Vorwort zu der Broschüre über den englischen Imperialismus auf der Malaiischen Halbinsel lesen wir:

„Ob sie (die Bauernschaft) ihre Kräfte in dem entscheidenden Augenblick den englischen Kapitalisten oder den asiatischen Arbeitern zur Verfügung stellt, wird davon abhängig sein, wie schnell die malaiischen Bauern verstehen werden, daß ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen mit den Interessen der indischen und chinesischen Arbeiter verknüpft sind. Die Krise 1920/21 in der Kautschukindustrie, während der die kleinen einheimischen Pflanzler ihre Plantagen verloren und Tausende von Kulis aus den großen Plantagen hinausgeworfen wurden, rief Zustände hervor, die diesen Gruppen die Gemeinschaft ihrer Interessen klar machte.“ (Seite 11.)

Die Arbeiterpartei selbst ist sich aber der Bedeutung dieses Bündnisses noch nicht bewußt genug; sie unterstützt die revolutionäre Kampfbewegung in den Kolonialländern nicht; im Gegenteil, ihre Führer treten auf, um den Imperialismus ihres Landes zu verteidigen. . . .